

# INFORMATIONSDIENST

## Sport schützt Umwelt



Eine Initiative  
des Deutschen Olympischen  
Sportbundes

Nr. 81 Dezember 2006

### Leitartikel

Andreas Güthler

Geschäftsführer der-  
CIPRA Deutschland



(dosb umwelt) Der globale Klimawandel hat längst begonnen, daran gibt es wissenschaftlich überhaupt keinen Zweifel mehr. In den letzten 50 Jahren nahm die Temperatur in den Alpen um etwa 1,5°C zu, für die nächsten 40 Jahre wird sie um etwa weitere 2°C steigen. Damit könnte die Erwärmung im Alpenraum innerhalb von nur einem Jahrhundert annähernd so stark sein wie die globale Temperaturzunahme seit der letzten Eiszeit vor etwa 15.000 Jahren bis zur heutigen Warmzeit. Während Klimaforscher ihre Szenarien zur zukünftigen Erderwärmung nach oben korrigieren, veröffentlichte die Weltbank kürzlich eine Studie, der zufolge die Folgen des Klimawandels zukünftig 5 bis 20 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes der Weltwirtschaft auffressen könnten. Der Weltwirtschaft würde damit eine Krise wie in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts drohen.

Bergregionen reagieren auf den Klimawandel besonders empfindlich. In einer von der internationalen Alpenschutz-

kommission CIPRA organisierten Tagung setzten sich Fachleute aus allen Alpenstaaten mit den Folgen des Klimawandels auseinander. Am augenfälligsten ist, dass die wirtschaftliche Basis vieler tief gelegener Wintersportorte gefährdet ist, wenn die Schneegrenze bis 2050 um 300 – 500 Meter ansteigt, wie Klimaforscher voraussagen.

In einem gnadenlosen alpenweiten Konkurrenzkampf wird versucht, durch enorme Investitionen in wasser- und Energie verschlingende Kunstschneeanlagen weiterhin Schneesicherheit zu gewährleisten. Doch was viele verdrängen: auch Kunstschnee kann nur bei Minustemperaturen erzeugt werden

und schmilzt wie sein natürliches Pendant. Anstatt in ökologisch und ökonomisch fragwürdige Technologien zu investieren und verzweifelt am Althergebrachten festzuhalten, wäre es längst an der Zeit, das touristische Angebot zu diversifizieren und so für das Klima von morgen vorbereitet zu sein. Dramatischer als die steigende Schneegrenze ist die Zunahme der Naturgefahren: auftauende Permafrostböden, schmelzen-

de Gletscher, die Umverteilung der Niederschläge und zunehmende Extremwetterlagen führen zu vermehrten Bergstürzen, Mur- und Lawinenabgängen und steigender Hochwassergefahr. So sind in den letzten 45 Jahren in Österreich die Schäden um das Dreifache, die Schadenshöhe um das Sechsfache und die versicherten Schäden gar um das Vierzehnfache gestiegen.

Die Alpenstaaten können sich mit großem Aufwand zumindest teilweise an die veränderten Bedingungen anpassen. Entwicklungsländer, die zusammen nur etwa ein Fünftel der Treibhausgasemissionen verursachen, trifft der Klimawandel hingegen in voller Härte: häufig fehlt hier

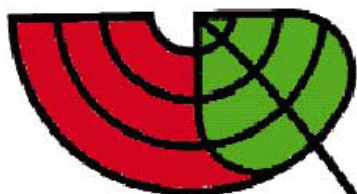
## Klimapolitik geht alle an

schlicht das Geld zur Entwicklung von Anpassungsstrategien.

Während ich diesen Leitartikel schreibe, verhandeln die Umweltminister der Welt in Nairobi über eine Fortführung internationaler Klimaschutzpolitik nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls. Doch schon vor Abschluss der Verhandlungen ist völlig klar: →

<b>Leitartikel</b> von Andreas Güthler, CIPRA „Klimapolitik geht alle an“	Seite 1
<b>Fortsetzung Leitartikel</b> von Andreas Güthler „Klimapolitik geht alle an“	Seite 3
<b>Interview</b> mit Dr. Helmut Röscheisen Deutscher Naturschutzring	Seite 4
<b>Kommentar</b> von Stefan Witty, DAV „Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“	Seite 5
<b>Informationen aus den Verbänden</b>	Seite 6
Clearingstelle Sport und Umwelt Deutscher Kanu-Verband Bildungswerk für Paddel-, Bewegungs- und Reisekultur Landessportbund Hessen Landessportbund Brandenburg Landessportverband Schleswig-Holstein Kuratorium Sport und Natur Jagdschutz-Verband Internationales Olympisches Komitee	
<b>Meldungen</b>	Seite 15
<b>Veranstaltungen</b>	Seite 20
<b>Veröffentlichungen</b>	Seite 21
<b>Wettbewerbe</b>	Seite 23

**Sport  
sch tzt  
Umwelt**



Eine Initiative  
des Deutschen Olympischen  
Sportbundes

**Impressum:**

Herausgeber: Deutscher Olympischer Sportbund, Otto-Fleck-Schneise 12, D-60528 Frankfurt/Main  
Telefon: +49 (0)69 - 6700-278  
Fax: +49 (0)69 – 6700-1-278  
Redaktion: Gabriele Hermani, Inge Egli, Harald Pieper (verantwortlich)  
E-Mail-Adressen der Redaktion: [gabriele.hermani@t-online.de](mailto:gabriele.hermani@t-online.de), [egli@dosb.de](mailto:egli@dosb.de)

Alle Beiträge sind mit Quellenangaben zum Abdruck / zur Kopie freigegeben.  
„Der Informationsdienst ist das Umweltforum des Deutschen Olympischen Sportbundes.  
Die Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung des Herausgebers und  
dessen Mitglieds-Organisationen wieder.“

Auflage: 3.700 Erscheinungsweise: vierteljährlich

### Andreas Güthler

Geschäftsführer der  
CIPRA Deutschland



### Leitartikel (Fortsetzung)

Selbst wenn es gelingen sollte, gemeinsam mit den USA und Schwellenländern eine Verlängerung und Verschärfung des Kyoto-Protokolls zu erzielen, wäre dies angesichts der Dimension des Problems bei weitem nicht ausreichend. Klimaschutz braucht die Mitwirkung der Politik und der Wirtschaft, ebenso aber auch das Engagement der Gesellschaft und jedes Einzelnen. Verbände haben viele Möglichkeiten, auf den Klimaschutz Einfluss zu nehmen und daher auch eine besondere Verantwortung:

Verbände haben Einfluss auf politische Entscheidungsträger und bringen ihren Sachverstand in verschiedenste politische Gremien ein. So war es eine Initiative der CIPRA, die auf der Alpenkonferenz im November 2006 zu einer Deklaration der Umweltminister der Alpenstaaten führte, in der sie die Alpen zur Klima-Modellregion erklären, für die konkrete Aktionspläne ausgearbeitet werden sollen. Die CIPRA wird sich dafür einsetzen, dass diese Aktionspläne weit über die Ziele des Kyoto-Protokolls hinaus reichen und die spezifischen Möglichkeiten des Alpenraums nutzen.

Verbände haben Einfluss auf das Verhalten von Millionen von Mitgliedern. Sie können

nicht nur gezielte Informationen verbreiten, sondern ihren Mitgliedern auch konkrete Handlungsanreize bieten. So informiert der Deutsche Alpenverein bei allen seinen Hütten über die Anreisemöglichkeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Einmal oben, verköstigen immer mehr Hütten den Bergsteiger mit Speis und Trank aus der Region. „So schmecken die Berge“ heißt diese Initiative, mit der nicht nur die regionale Wirtschaft gestärkt und die Kulturlandschaft erhalten wird, sondern auch unnötige Transporte und damit CO<sub>2</sub>-Emissionen vermieden werden.

Verbände sind aber auch selbst Produzenten von Treibhausgasen. Ist die Sportstätte oder das Vereinsheim sinnvoll isoliert und entsprechen Heiztechnologie und Flutlichtanlage dem Stand der Technik? Vielfach lassen sich oft mit einfachen Maßnahmen große Erfolge sowohl für den Klimaschutz als auch für die Vereinskasse erzielen, wie ein umfangreiches Projekt an 55 Sportstätten in Thüringen zeigte. Ein Konfliktfeld mit besonderem Optimierungspotenzial im Hinblick auf ihre Klima- und Umweltwirkungen bilden (Sport-)Großveranstaltungen. So sollte die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland durch begleitende Investitionen in Klimaschutzprojekte völlig klimaneutral gestaltet werden.

Weniger positiv im Hinblick auf ihre Umwelt- und Klimawirkungen sind hingegen zahlreiche Wintersportgroßveranstaltungen in den Alpen. Weil die hierfür nötigen Infrastruk-

turen wie auch die entsprechenden Trainingsstätten mit Bundes- und Landesmitteln stark gefördert werden, werden immer mehr Infrastrukturen in sensible Bergregionen gebaut. So hat Bayern aktuell 2,5 Millionen Euro zur Förderung von Kunstschneeanlagen für den Hochleistungssport zugesagt. Diese Kunstschneeanlagen verbrauchen nicht nur riesige Mengen an Energie und Wasser, sie werden nach allen Klimaprognosen zukünftig auch nicht mehr nutzbar sein. Wesentlich sinnvoller und klimaschonender erschiene da eine Umwidmung dieses Geldes zur Förderung des Breitensports.

Das Weltklima reagiert träge: Treibhausgase, die wir heute ausstoßen, werden erst in 50 Jahren voll wirksam. Wenn wir nicht auf Kosten der Lebensbedingungen unserer Nachfahren leben wollen, müssen wir jetzt und heute alle gesellschaftlichen Kräfte für einen umfassenden Klimaschutz bündeln.\*



### Dr. Helmut Röscheisen

Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings (DNR)



### Interview

**Frage:** *Wie kann dem einzelnen Bürger noch vermittelt werden, dass er seinen ganz persönlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann?*

**Röscheisen:** Zwar muss die Politik die erforderlichen Rahmenbedingungen zur Eindämmung der Klimaveränderungen schaffen, trotzdem bleiben für den einzelnen Bürger eine ganze Reihe von Möglichkeiten, wie er persönlich zum Klimaschutz beitragen kann: Zunächst sollte er alles tun, um den Energieverbrauch zu reduzieren. Zu erreichen ist dies u. a. dadurch, dass er weniger fliegt und weniger Auto fährt. Er kann einen objektiven Energiebedarfspass für Gebäude erwerben oder durch den Kauf besonders energiesparender Geräte A++ dazu beitragen. Schon allein der Verzicht von stand by, etwa beim Fernseher trägt zur Reduzierung des Energieverbrauches bei. Darüber hinaus ist ein Wechsel zu einem Ökostromerzeuger und weg von Atombetreibern ein wichtiger Beitrag. Er kann aber auch die Umweltverbände, die sich für den Klimaschutz engagieren, durch eine Mitgliedschaft unterstützen.

**Frage:** *Angesichts der aktuellen, dramatischen Prognosen für das Weltklima und der Ignoranz des von Amerika*

*angeführten Anti-Kyoto-Bündnisses ist es nach Auffassung einiger Umweltpädagogen fast noch schwieriger geworden, den Bürger von Sinn und Nutzen umweltfreundlichen Verhaltens zu überzeugen. Teilen Sie diese Auffassung?*

**Röscheisen:** Ja. Deswegen ist es umso notwendiger, dass endlich die erforderlichen politischen Entscheidungen getroffen werden, wie etwa eine Besteuerung des Flugbenzins und die Erhebung von Mehrwertsteuer auf innerdeutsche Flüge. Gleichzeitig wird es darum gehen, in Nachfolge des Kyoto-Protokolls ein weltweites Abkommen zu erreichen, an dem auch die USA und Australien sowie die Schwellen- und Entwicklungsländer wie beispielsweise China, Indien und Brasilien mitwirken. Es muss zum Ziel haben, den globalen Temperaturanstieg auf max. 2 Grad Celsius zu begrenzen.

**Frage:** *Welche beispielhaften Projekte plant der DNR im Bereich Klimaschutz?*

**Röscheisen:** Der DNR plant, mit der Unterstützung der Deutschen Stiftung Umwelt eine mehrjährige umfassende Energieeffizienzkampagne mit dem Ziel dazu beizutragen, den Energieverbrauch in den nächsten Jahrzehnten zu halbieren.

*Informationen über:  
Deutscher Naturschutzring,  
Am Michaelshof 8 - 10,  
53177 Bonn,  
Telefon 0228/359005,  
mobil 0160/97209108\**

### Was hat der globale Klimawandel mit dem Sport zu tun?

(dosb umwelt) Nicholas Stern hat, beauftragt durch die britische Regierung, eine Studie über den Klimawandel und seine ökologischen wie ökonomischen Auswirkungen vorgelegt. Er weist nach, dass es nicht etwa halb so schlimm, sondern eher doppelt so schlimm kommen wird, wenn wir so weitermachen. Halb so schlimm wäre übrigens auch schon der Katastrophenfall. Was hat der Sport damit zu tun? Eine ganze Menge: Und zwar sowohl was die Folgen des Klimawandels auf den Sport betrifft als auch bezüglich der im Sport verfügbaren Handlungsmöglichkeiten zur Abschwächung der Klimakatastrophe. Die Vorhersagen über die Zunahme der Naturkatastrophen in Anzahl und Heftigkeit und die globale Erwärmung werden vor allem Sportarten betreffen, die im Freien betrieben werden, auf Sportanlagen oder in Natur und Landschaft. So wird der Wintersport aus den Mittelgebirgen und den unteren Alpenlagen verschwinden, weil dort kein Schnee mehr fällt. Möglichkeiten zum Gegensteuern gibt es im Sport reichlich: Neben vielen vermeidbaren Autofahrten geht es vorrangig um die Energieverschwendung in den Sportstätten. Die Einsparpotenziale sind so groß, dass sich die meisten Maßnahmen auch finanziell rechnen und einen wichtigen Beitrag zur Senkung der Betriebskosten leisten können. Für Klima und Umwelt rechnen sie sich sowieso.\*

### Stefan Witty

Leiter der Abteilung Natur- und Umweltschutz beim Deutschen Alpenverein



### Kommentar

#### Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

(dosb umwelt) „Als ich aus Nairobi zurückgekehrt war, fragte mich meine Tochter, was wir dort erreicht hätten. Und wie viele andere Menschen in unseren Ländern wird sie sich nicht mit Ergebnissen zufrieden geben, die lauten: Wir haben ein paar neue Arbeitsgruppen eingesetzt“, ließ in der letzten Novemberwoche 2006 Bundesumweltminister Gabriel auf der Webseite seines Ministeriums verkünden. Die Daten und Fakten, die zu dieser Meldung während der Weltklimakonferenz führten, sind eigentlich bekannt:

- CO<sub>2</sub> gilt als der wichtigste Verursacher für die Klimaerwärmung. Die vorindustrielle Konzentration von CO<sub>2</sub> betrug 280 ppm und ist heute auf Werte über 380 ppm gestiegen. Nach Messungen aus Eisbohrkernen ist dies die höchste Konzentration seit mindestens 650.000 Jahren, wahrscheinlich sogar schon seit 20 Millionen Jahren.
- Gemessen am Mittel der vergleichsweise kühlen Jahre 1880 bis 1920 stieg die globale Durchschnittstemperatur bis 2005 um beinahe 0,8 °C, davon allein 0,6 °C in den zurückliegenden 30 Jahren. Die

Temperaturerhöhung in den Alpen war mit 1,2 °C sogar doppelt so hoch!

- Abhängig von den Zuwachsraten aller Treibhausgase und dem angewandten Modell rechnet das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) mit einer Zunahme der globalen Durchschnittstemperatur bis 2100 um 1,4 bis 5,8 °C. Bei einer Verdoppelung der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre geht die Klimaforschung davon aus, dass die Erhöhung der Erdmitteltemperatur und damit die Klimasensitivität mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit innerhalb von 1,5 - 4,5 °C liegen wird.

Bekannt ist auch, dass im November 2006 bei der Weltklimakonferenz in Nairobi sich zwar 6000 Teilnehmer aus 178 Nationen getroffen haben, aber an eine Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls nicht zu denken war. Etwa zeitgleich hat das Umweltbundesamt (UBA) für Schlagzeilen gesorgt, denn laut UBA ist der Stromverbrauch in deutschen Haushalten von 1995 bis 2005 um 3,5% gestiegen. Allein die Leerlaufverluste bei Elektrogeräten - wie Fernseher und Computer - belaufen sich deutschlandweit auf 17 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr oder einer Stromrechnung von 3,3 Milliarden Euro.

Müssen wir angesichts dieser Tatsachen noch warten, um aktiv zu werden? Wer hindert uns eigentlich daran, Fernseher und Computer an einen einfach zugänglichen Netz-

schalter zu hängen und die Geräte „wirklich“ abzuschalten? Wer zwingt uns, mehrmals im Jahr zum Kurzurlaub zu starten, anstatt zehn Tage am Stück und einem Ort zu bleiben, was hinsichtlich des Treibstoffverbrauchs sinnvoller wäre? Was spricht eigentlich dagegen, im Anschluss an die tägliche Arbeitszeit direkt in den Sportverein zu fahren und nicht noch den Umweg über zu Hause zu machen, um die Sporttasche zu holen? Eigentlich nichts - und dennoch ist es so schwer! Selbst aktiv zu werden, die Sache in die Hand zu nehmen, das würde man sich angesichts dieser Tatsachen wünschen. Viele Sportverbände und -vereine tun das heute bereits: Wärmedämmung, Energiekonzepte für ganze Sportanlagen, Solarenergie und Photovoltaik, um nur einige Schlagworte zu nennen, sind heute kein Fremdwort mehr. Reicht das aus? Oder würde man sich mehr wünschen? Viele Umweltprobleme wirken sich zudem direkt auf den Sportler aus: Im Hochsommer warnen die Umweltministerien wegen hoher Ozonwerte vor „Anstrengung im Freien“. Die Hautkrebsgefahr steigt auf Grund der zunehmenden UV-Strahlung. Lärmbelästigung oder Gefahren, die vom Individualverkehr beispielsweise für Radsportler ausgehen, werden da noch gar nicht mitgerechnet. Angesichts der Tatsache, dass viele Sportler selbst Leidtragende von Umweltproblemen sind, vermissemich aktive Umweltpolitik im Sport: Lauftreff und Leichtathletikverein könnten sich beispielsweise an ihrem Heimat-

ort beim Bürgermeister für eine Anbindung des Vereinsheims an den öffentlichen Verkehr einsetzen und Trainingszeiten am ÖPNV orientieren. Ein Landessportbund könnte für eine klimafreundliche Raumordnungspolitik eintreten, die Sportler und Sportlerinnen auf dem Lande genauso berücksichtigt wie die in städtischen Ballungsgebieten. Und, der Deutsche Olympischer Sportbund - mit seinen vielen Millionen Sportlerinnen und Sportlern, die größte Bürgerinitiative im Land - sollte sich seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung hinsichtlich des Klimaschutzes bewusst sein. Angesichts der neuen „grünen Leitung“ darf man gespannt sein, was für die „Bürgerinitiative DOSB“ aktive Klimaschutzpolitik bedeutet: Die klimafreundliche Großveranstaltung? Die Schaffung von Anreizen zur Nutzung des ÖPNV für seine Mitgliedsverbände? Oder wird es Verhandlungen mit der Deutschen Bahn für bundesweite, attraktive und praxisnahe Angebote für Sporttreibende geben? Möglichkeiten für aktive Klimapolitik - egal ob Privatperson, Verein oder Deutschlands größte Sportvereinigung - gibt es unzählige. Was uns jedoch fehlt, ist ein gemeinsamer Mut. Wir, jeder einzelne, sollten die Zivilcourage aufbringen, entgegen dem heutigen Zeitgeist wieder aktiv für den Schutz von Umwelt und Klima einzutreten. Wir dürfen nicht der Versuchung erliegen, mit leeren Worthülsen unser Umweltgewissen zu beruhigen. Klimaschutz - aus Freude am Leben!\*

### **Clearingstelle Sport und Umwelt**

#### **Kleine Schritte – große Wirkung: DBU fördert Projekte im Sportverein - Für Ressourcenschutz bewilligt Stiftung 100.000 Euro**

(dosb umwelt) Sport ist im Verein am schönsten, heißt es. Doch was tun, wenn es im Winter in der Sporthalle nicht mehr warm wird, weil das Gebäude so alt und zugig ist? Damit Sportler auch ressourcenschonend aktiv sein können, bezuschusst die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) ab sofort Kleinprojekte mit bis zu 5.000 Euro. „Insgesamt fördern wir bis 2008 dynamische Projekte für mehr Natur- und Klimaschutz oder Umweltkommunikation in Sportvereinen mit 2,5 Millionen Euro“, betonte DBU-Pressesprecher Franz-Georg Elpers. Mit Hilfe eines vereinfachten Antragsverfahren sollen nun aber vor allem gezielt kleinere Sportvereine animiert werden, in den Umweltschutz zu investieren. „Wir hoffen, mit der Aktion die breite Masse der Sportvereine für Öko-Aktivitäten im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu sensibilisieren“, so Elpers. Ansprechpartner für Projektideen ist die vom DOSB eingerichtete Clearingstelle Sport und Umwelt.

„Gerade in Energie- und Trinkwasser-Fragen besteht nach wie vor ein erhebliches Einsparpotenzial“, weiß Hans-Joachim Neuerburg von der Clearingstelle. „Daher sind wir froh, dass wir jetzt im Rahmen

der Partnerschaft Sport und Umwelt die Möglichkeit haben, entsprechende Einsparmaßnahmen ohne großen bürokratischen Aufwand zu fördern.“ Die Palette der förderfähigen Vorhaben reicht vom Austausch veralteter Kühlanlagen im Vereinsheim über einfache Maßnahmen zur Wärmedämmung bis hin zur Umrüstung auf sparsame Armaturen im Sanitärbereich oder zur Installation einer Solaranlage zur Warmwasserbereitung. Einzige Bedingung ist: Die Gesamtkosten des geplanten Vorhabens sollten die Grenze von 10.000 Euro nicht überschreiten.

Ein einfaches Formular der Clearingstelle soll ausreichen, um das Projekt anzuschreiben. „Wir haben uns vorgenommen, innerhalb eines Monats förderfähige Anträge an die DBU weiterzuleiten“, so Neuerburg. Nach Rücksprache mit der Koordinationsstelle gibt die Stiftung dann grünes Licht, und der Verein kann mit der Umsetzung beginnen. Zwar müssten die Sportler erst einmal in Vorleistung gehen und die Verwendungsnachweise an die Clearingstelle schicken. Die Aufwendungen will die DBU dann aber innerhalb von vier Wochen erstatten.

Der zu erbringende Eigenanteil beträgt mindestens 50 Prozent und kann durch geldwerte Leistungen wie zum Beispiel Eigenleistungen von Mitgliedern erbracht werden. Für diese zunächst auf ein Jahr begrenzte Aktion stehen insgesamt 100.000 Euro Fördermittel zur Verfügung. Jetzt gilt es nur noch, möglichst

viele kreative und nachhaltige Ideen in Sachen Umweltschutz an den Start zu bringen. Der Anfang dafür ist gemacht. „Von Beginn der Kooperation an wurden immer wieder Anfragen bezüglich kleinerer Projekte an uns gerichtet, die wir im Rahmen unserer bisherigen Möglichkeiten leider nicht berücksichtigen konnten. Mit der aktuellen Initiative können wir jetzt endlich auch an der Basis etwas bewegen“, so Neuerburg. Bislang wurden im Rahmen der Kooperation hauptsächlich so genannte „Leuchtturmprojekte“ mit Fördersummen zwischen 50.000 und 124.000 Euro gefördert: Bei der Kampagne „Sonnenklar! Sport für zukunftsfähige Energie“ wollen die Organisatoren der Naturstiftung David und des Landessportbundes Thüringen etwa ostdeutsche Vereine und Kommunen zum Energiesparen motivieren: Bis Ende des Jahres möchten sie mindestens 70 Sportstätten in Thüringen für eine zukunftsfähige Energieversorgung fit machen.

*Informationen über:  
Clearingstelle Sport und Umwelt,  
Hans-Joachim Neuerburg,  
Telefon 040/30685150,  
Telefax 040/30685155,  
E-mail: info@dsb-clearingstelle.de,  
www.dsb-clearingstelle.de\**

### **Deutscher Kanu-Verband**

#### **Empfehlung zur Wassertiefe bei Ausübung des Kanusports verabschiedet**

(dosb umwelt) Auf der Sitzung der Konferenz Freizeit- und Kanuwandersport - der jährlich stattfindenden Tagung

der für Umwelt-, Sicherheits- und Breitensportthemen verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Deutschen Kanu-Verband - wurde eine Empfehlung zur Wassertiefe bei Ausübung des Kanusports einstimmig verabschiedet. Mit dieser Empfehlung wiederholt der DKV seine bereits im Leitbild Kanusport getätigten Aussagen und gibt dazu weitergehende Erläuterungen. Der DKV erwartet, dass mit Hilfe dieser Empfehlung die vielfach geführte Diskussion wieder auf fundierte Grundlagen zurück geführt wird und die zuständigen Entscheidungsträger damit in die Lage versetzt werden, differenzierte Regelungen zu erarbeiten. Die Empfehlung hat folgenden Wortlaut:

Natur- und landschaftsverträglicher Kanusport - Empfehlung des DKV zur Wassertiefe bei Ausübung des Kanusports:

Der Deutsche Kanu-Verband (DKV) setzt sich seit Jahrzehnten für die Ausübung des Kanusports unter Berücksichtigung der Belange der Natur ein. Hierfür hat der DKV als einer der ersten Sportverbände im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) entsprechende Regelungen in seiner Satzung verankert.

Daneben wurden zahlreiche Positionspapiere verabschiedet, Informationsbroschüren erstellt und in Fachtagungen Rahmenbedingungen erarbeitet. Die Teilnahme an Öko-Kursen ist für Erwerber des Wanderfahrerabzeichens in Silber oder höher Pflicht.

Gleichzeitig hat der DKV Untersuchungen in Auftrag gegeben bzw. sich an deren Erstellung finanziell beteiligt, um fundierte Grundlagen für die natur- und landschaftsverträgliche Ausübung des Kanusports zu erhalten. Ein wesentlicher Aspekt dabei spielte auch die Festlegung einer Mindestwassertiefe. Gerade dieses Thema beschäftigt immer häufiger die aktuelle Diskussion um Befahrungsregelungen. Der DKV sieht sich aus diesem Grunde veranlasst, die wesentlichen Eckpunkte hierzu zusammenzufassen:

#### **Differenzierung erforderlich**

Die Festlegung einer Mindestwassertiefe muss sich - ebenso wie andere Details von Befahrungsregelungen - an den unterschiedlichen Nutzergruppen orientieren. Hier ist eine Unterscheidung erforderlich zwischen erfahrenen Kanufahrern, die ihr Boot auf dem jeweiligen Gewässer technisch sicher beherrschen und ungeübten Kanufahrern, die hier noch nicht über ausreichende Kenntnisse verfügen. Kanufahrer der erstgenannten Gruppe sind in der Lage, ihre Boote so zu steuern, dass sie sich fast vollständig im Hauptstromverlauf - und damit an den jeweils tiefsten Stellen - fortbewegen. Aufgrund ihrer Erfahrung und Ausbildung sind sie zudem in der Lage, ein Gewässer „zu lesen“. Dies bedeutet, dass sie durch Flussverlauf, Strömungsverhältnisse und Wellenbildung frühzeitig erkennen können, wo flache Stellen sind und diesen mit einfachen Rich-

tungskorrekturen ausweichen können. In der Regel sind die im DKV organisierten Kanuten als solche erfahrenen Kanufahrer einzustufen.

Ungeübte Kanufahrer können dagegen weder „Wasser lesen“ noch rechtzeitig die erforderlichen Steuerschläge vornehmen. Sie berühren daher häufig Uferbereiche oder fahren sich an Untiefen fest.

### **30 cm Wassertiefe reichen für erfahrene Kanuten aus**

Die Ermittlung einer erforderlichen Wassertiefe orientiert sich am Tiefgang eines Bootes und der Eintauchtiefe des Paddels. Hierzu hat der DKV bereits 1985 ein Berechnungsbeispiel veröffentlicht. Folgende Werte wurden ermittelt:

Ein besetztes und beladenes Wanderkajak hat einen maximalen Tiefgang von 11 cm. Ein bei normaler Paddelhaltung eingetauchtes Paddel hat einen Tiefgang von 24 cm. Daraus lässt sich auch die Verwirbelungsmöglichkeit ableiten, die ähnlich der Verwirbelungswirkung ist, die von der Fließgeschwindigkeit des Gewässers auf die Ufer und das Gewässerbett ausgeht.

Ausgehend von diesen Werten ergibt sich unter Berücksichtigung eines Sicherheitszuschlags eine ausreichende Wassertiefe für erfahrene Kanuten von 30 cm. Dieser Wert wurde auch im Leitbild Kanusport, dem Positionspapier des DKV zum naturverträglichen Kanusport, veröffentlicht

und durch den DKV-Verbandsausschuss beschlossen.

Der DKV und seine ihm angeschlossenen Landes Kanu-Verbände haben diese Werte auch als Grundlage für ihre Pegeldienste genommen. Hier wurden gleichzeitig besondere lokale Aspekte berücksichtigt, die in Einzelfällen auch Abweichungen zulassen.

### **Nur der Hauptstrom ist ausschlaggebend**

Bei vorhandenen und unmittelbar bevorstehenden Befahrungsregelungen ist häufig zu erkennen, dass zuständige Behörden die Wassertiefe von 30 cm übernommen haben, diese aber auf das gesamte Flussbett übertragen. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, dass geübte Kanufahrer nahezu ausschließlich im Hauptstrom fahren, in dem die Wassertiefe am größten ist. Der DKV fordert daher die zuständigen Behörden auf, die Mindestwassertiefe so festzulegen, dass diese überwiegend im Hauptstrom erreicht wird. Punktuelle Unterschreitungen sind in Kauf zu nehmen. Geübte Kanufahrer sind dann in der Lage, ohne nachhaltige Störungen die betreffenden Gewässer zu befahren.

### **Behandlung ungeübter Kanufahrer**

Der DKV verzichtet an dieser Stelle ausdrücklich auf eine Empfehlung zur Behandlung ungeübter Kanufahrer. Oftmals handelt es sich hierbei um Kunden gewerblicher Anbieter. Der DKV erwartet von

diesen Anbietern, dass sie ihre geschäftlichen Aktivitäten an den jeweiligen Besonderheiten der speziellen Gewässer orientieren. Dies bedeutet gleichermaßen den Einsatz der für das jeweilige Gewässer geeigneten Bootstypen und die ausführliche und umfassende Einweisung der Kunden in die Paddeltechnik, so dass diese ebenfalls in der Lage sind, die übergebenen Boote sicher steuern zu können. Eine umfassende Information der Kunden über Besonderheiten des Gewässers zählt ebenfalls zu den zwingend erforderlichen Maßnahmen, um auch kanutouristische Aktivitäten unter Berücksichtigung von Natur- und Landschaft durchführen zu können. Aus diesem Grunde hat der DKV auch an alle gewerblichen Anbieter appelliert, ein Qualitäts- und Umweltsiegel (z.B. das der Bundesvereinigung Kanutouristik) zu erwerben.

Es ist Aufgabe der zuständigen Behörden zusammen mit kanutouristischen Anbietern vor Ort Regelungen zu erarbeiten, mit denen zusätzlich der an den touristischen Aktivitäten orientierte Mindestpegel ermittelt werden kann. Eine pauschale Heranziehung von Beispielen an anderen Gewässern reicht nicht aus, um auch hier zu differenzierten Lösungen zu kommen. Der DKV und seine ihm angeschlossenen Landes-Kanu-Verbände sind gerne bereit, ihre langjährigen Erfahrungen aus Pegeldiensten in diese Gespräche mit einzubringen und so zu gemeinsam getra-



genen differenzierten Lösungen zu gelangen.

Soweit es sich um Anfängerschulungen durch DKV-Mitgliedsvereine handelt, wählen diese die dafür geeigneten Gewässer sorgfältig und verantwortungsbewusst aus - insbesondere die ausreichende Wassertiefe ist ein wichtiges Kriterium für entsprechende Fahrten oder Kurse.

Auch wenn eine unterschiedliche Pegelfestlegung, die sich am Können der unterschiedlichen Zielgruppen orientiert, verwaltungstechnisch aufwändig ist und auch in Einzelfällen zu Problemen bei der Umsetzung führen kann, muss es für alle zuständigen Behörden verpflichtend sein, die natur- und landschaftsverträgliche Ausübung des Kanusports als eine Form der Erholung zu ermöglichen. Nur so werden die in § 1 Bundesnaturschutzgesetz fest gelegten Grundsätze des Naturschutzes erfüllt.

*Informationen über:*  
Deutscher Kanu-Verband,  
Bertaallee 8, 47055 Duisburg,  
Telefon 0203/997590,  
Telefax 0203/9975960,  
E-mail: [service@kanu.de](mailto:service@kanu.de),  
[www.kanu.de](http://www.kanu.de)\*

### **Bildungswerk für Paddel-, Bewegungs- und Reisekultur**

#### **Erlebnisraum Wasser neu interpretieren**

(dosb umwelt) Das im Rahmen der Kooperation Sport und Umwelt von der DBU mit rund 90.000 Euro geförderte gleichnamige Projekt versucht

erstmal den Ansatz der Landschaftsinterpretation auf den Wassersportbereich zu übertragen. Diese, ursprünglich in den USA entwickelte Form der Naturvermittlung kommt im Rahmen des aktuellen Vorhabens praktisch in der beruflichen Bildung sowie als Bildungs- und Kommunikationskonzept zur Anwendung. Im Mittelpunkt des „Bildungskonzeptes“ steht der Versuch, über die Vermittlung von Besonderheiten und Charakteristika der jeweiligen Region sowie auf den ersten Blick verborgenen Phänomenen einen emotionalen Bezug zur jeweiligen Landschaft aufzubauen.

Angesprochen sind alle Wassersportbegeisterten, vom Anfänger bis zum Profi, die sich zumeist nur für kurze Zeit in einem speziellen Naturraum aufhalten und daher kaum mit traditionellen Ansätzen der Umweltkommunikation und -bildung erreicht werden können. Die Umsetzung des umfangreichen Projektes erfolgt in fünf Teilschritten: In Kooperation mit dem Ausbildungsverbund TAZ (Trainings- und Ausbildungszentrum des Frankfurter Vereins für soziale Heimstätten e.V.) werden zunächst zwei Holzdrachenboote gebaut, die sich weitgehend an den in früheren Zeiten am Rhein eingesetzten Bootstypen orientieren. Als „Anlaufstelle“ werden im Einzugsbereich des Rhein-Main-Ballungsraums (Umfeld von 30 km) drei Fluss-Stationen am Rhein aufgebaut, für die jeweils eine speziell zugeschnittene Flusstour auf Basis

einer konkret-räumlichen Landschafts-Analyse entwickelt und ausgearbeitet wird. Geführt werden die künftigen Flusstouren durch spezielle Flussranger, die im Rahmen des Projektes als Bootsführer und Landschaftsinterpreten ausgebildet werden.

Komplettiert wird das Gesamtpaket durch die Entwicklung eines virtuellen Flussführers, der unter den Gesichtspunkten der Methoden der Landschaftsinterpretation neue Einblicke in die Region sowie darüber hinausgehende Informationen vermitteln soll. Das Projekt beginnt zum 01.12.2006 und hat eine Laufzeit von 30 Monaten. Nähere Details (incl. Bewerbungsunterlagen für die Ausbildung zum Flussranger) finden sich künftig unter [www.flusserleben.de](http://www.flusserleben.de).

*Informationen über:*  
Bildungswerk für Paddel-,  
Bewegungs- und Reisekultur e.V.,  
Obergasse 15, 65428 Rüsselsheim,  
Telefon 06142-34900,  
Telefax 06142-31559,  
Email: [bwkanu@t-online.de](mailto:bwkanu@t-online.de)\*

### **Landessportbund Hessen**

#### **Sanierungsbedarf an Sport- hallen und Anlagen weiter- hin hoch**

Von Kurt Sänger

(dosb umwelt) Die erste Sportstättenmesse und Fachtagung in Hessen - *sportinfra* - fand im Oktober in Wiesbaden statt. Eröffnet wurde die Messe von Svea Rojahn, Vizepräsidentin des Landessportbundes Hessen. Petra Behle, Biathletin, und Axel Hellmann,

Geschäftsführer der Sportinitiative Frankfurt Rhein-Main und Vizepräsident der Eintracht Frankfurt, überbrachten Grußworte.

In Zusammenarbeit mit dem Landessportbund Hessen, dem Holzabsatzfond, der Frankfurter Messe GmbH und in Kooperation mit dem Deutschen Olympischen Sportbund wurde in der Hessischen Landeshauptstadt erstmals ein Messe- und Tagungsforum geschaffen, auf dem Sportstätten- und Anlagenbauer, Experten und Kommunal- und Bundespolitiker die Zukunft der deutschen Sportstättenentwicklung vorstellten und diskutierten.

In 22 Einzelveranstaltungen mit den Schwerpunkten der nachhaltigen Sport- und Stadtentwicklung, Finanzierung von Sportanlagen, kommunales wie privates Engagement, Erhaltung und Modernisierung von Anlagen sowie zukunftsgerichtetes Vereinsmanagement wie die Förderung des Sportes im Vorschulalter im Rahmen von Bewegungskindergärten wurden die gegenwärtigen Problemfelder analysiert und innovative Lösungen dargestellt.

Doch um den Bestand der Sportstätten ist es nicht gut bestellt. So ist der Sanierungsbedarf an Sporthallen und Anlagen in Deutschland immens hoch. Rund 42 Milliarden Euro sind laut Schätzungen des Deutschen Olympischen Sportbundes erforderlich, um veraltete Sportanlagen, Turnhallen und Schwimmbäder zu modernisieren

und für die Zukunft fit zu machen.

Allein in Hessen beziffert das Sanierungsvolumen sich auf 95,5 Millionen Euro, um nur die „dringlichsten Maßnahmen“ durchführen zu können, sagte Horst Delp, Leiter des Geschäftsbereich Sportinfrastruktur im Landessportbund Hessen.

Zwar fördert das Land Hessen zusätzlich den Sportstättenbau mit einem Sonderinvestitionsprogramm von 2005 bis 2007 mit rund 15 Millionen Euro. Doch diese Gelder sind eher der berühmte Tropfen auf den heißen Stein und nur für ausgewiesene Projekte vorgesehen, etwa für das Stadion Bieberer Berg in Offenbach, die Radrennbahn in Darmstadt oder die Sporthallen in Melsungen und Gießen.

Die meisten Kommunen und Vereine bleiben auf ihren Problemen sitzen. Von den 2800 hessischen Sporthallen sind rund 45 Prozent Sanierungsfälle. Angeführt wird die Mängelliste von den Hallenbädern. Die Probleme lägen nicht nur in einer veralteten Bausubstanz, so Delp, sondern im Klimaschutz und im „riesigen Energieverbrauch“ veralteter Anlagentechnik. Rechne man nur die Einsparpotenziale von Wasser, Heizung und Strom auf ein Jahr hoch, könnten die hessischen Vereine und Kommunen rund 13,7 Millionen Euro auf die hohe Kante legen - und investieren.

Denn eine Sportstättenfinanzierung über den freien Kapi-

talmarkt ist problematisch. Rolf Ulrich, Bankdirektor von der Commerzbank Frankfurt, erklärte im Rahmen der Podiumsdiskussion zum Auftakt der Messe, dass die Finanzierung von öffentlichen Sportstätten für Banken in aller Regel ein „Grenzfall“ sei. Kommunale wie gemeinnützige Investitionen müssten sich im Rating der Banken als wirtschaftliche Werte darstellen, so der Banker. Ein nicht lösbares Problem für gemeinnützige Vereine und deren Kassenwarte, entsprechendes Eigenkapital zu bilden.

Ulrich sieht hier großen Beratungsbedarf und ein „Zukunftsproblem“ jenseits einer kameralistischen Kassenführung bei den Kommunen und Vereinen, überhaupt Finanzierungsmodelle zu entwickeln. Sein Problem als Banker: „Wir müssen leider alle Kunden, auch Kommunen und gemeinnützige Vereine ausnahmslos ins Rating nehmen.“ Da bleibt nichts über.

Klaus Rieger, Bundestagabgeordneter der CDU und Mitglied im Sportausschuss, sah hier eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechtes als erforderlich an. Derzeit stehe diese Rechtsform einem wirtschaftlichen Sportstättenbetrieb entgegen. Die Vereine müssten Eigenkapital bilden können und in einen Wettbewerb gegenüber dem kommerziellen Freizeitsport eintreten.

Doch einer rein privatwirtschaftlich ausgerichteten Sportstättenmodernisierung im Breitensport stand sein Kollege, der Bundestags-

abgeordnete der Grünen und auch Mitglied des Sportausschusses, Winfried Hermann, skeptisch gegenüber. Angesichts des hohen Sanierungsbedarfes sei eher ein bundesweites Altbausanierungsprogramm für Sportstätten mit zinsgünstigen Darlehen geboten. Aber die Unterhaltung von Sportstätten ist Aufgabe der Städte und Gemeinden wie der Länder, nicht des Bundes.

In den neuen Bundesländern liegt der Sanierungsbedarf an Sportstätten bei rund 34 Milliarden Euro. Ein „ziemlich fetter Brocken“ sei zu bewegen, so Hermann, doch die „öffentlichen Hände werden weiterhin kein Geld haben.“ Deshalb müsse zugleich über neue Konzepte einer Sportstättenentwicklung nachgedacht werden.

Hermann denkt an die Vernetzung von Sportinteressen und an die Nutzung von Industriebrachen in den neuen Bundesländern: „Wir brauchen keine neuen Sporthallen, sondern neue Nutzerkonzepte im Bündnis mit den Vereinen und Kommunen.“ Und diese neuen „Nutzerkonzepte“ sollten laut Hermann auf Synergieeffekte bei den Vereinen wie ökologisch modernisierte und energieeffiziente Sportanlagen setzen. Modellhafte Projekte sollten bundesweit gefördert werden.

Für moderne und intelligente Nutzungskonzepte plädierte auch Rainer Brechtken, Präsident des Deutschen Turner-Bundes. Vonnöten seien kommunale Entwicklungspläne der Sportstätten, die Nutzungen

der unterschiedlichsten Sportvereine miteinander vernetzen unter Berücksichtigung der Schulen, der Kindergärten, aber auch des nicht vereinsgebundenen Breitensportes und des Seniorensportes. Dies erfordere eine Neuorientierung der Vereine, so Brechtken, wie ein modernes Management, das den Markt der sportlichen Bedürfnisse vor Ort analysiere und ein kommunales Lenkungskonzept aufbaue.

Neue Anforderungsprofile müssten erarbeitet werden, denn entscheidend für eine zukunftsgerichtete Sportstättenplanung sei zugleich die Analyse, so Svea Rojahn, wohin die Sportbedürfnisse sich künftig entwickeln werden. Nicht nur sei der Erhalt und die Modernisierung der Sport alleine von Bedeutung, sondern damit eng verknüpft zugleich die Frage, wie künftige Bewegungsräume und Sportmodelle aussehen werden? Insbesondere gelte es, so Rojahn, den demografischen Wandel im Sportstättenbau zu berücksichtigen.

Komplexe Zukunftsfragen einer nachhaltigen Sportstättenentwicklung, die nicht nur auf Vereinsebene oder in den Kommunen allein beantwortet werden können. „Förderung setzt Beratung voraus“, sagte Rojahn, und der Landessportbund Hessen habe in der Vergangenheit bereits Vorbildliches geleistet. Doch der Beratungsbedarf ist nach wie vor groß.

Informationsdefizite müssen abgebaut und die Partner des

Sportes - die Kommunen, Sportämter, Planer wie Unternehmer im Sportstättenbau, Experten, Energie- und Anlagenberater und Politiker - an einen Tisch gebracht werden. Gefragt seien Beiträge zur Ressourcenschonung, Kosteneinsparung bei der Planung und Nutzung von Sportstätten sowie intelligente Finanzierungsmodelle und neue Wege im Vereinsmanagement, so Horst Delp. Mit der ersten **sportinfra** wurde ein neues Forum geschaffen, das von allen Beteiligten und Kooperationspartnern als vorbildlich und als einen „richtigen Schritt in die Zukunft“ gewertet wurde.

*Informationen über:*

*Landessportbund Hessen e.V., GB Sportinfrastruktur, Michael Willig, Otto-Fleck-Schneise 4, 60528 Frankfurt, Telefon 069/6789416, Telefax 069/6789428, umwelt@lsbh.de\**

### **Ausbildung zum „Umwelt- und Klimaschutzberater im Sport“ erfolgreich abgeschlossen**

(dosb umwelt) Umwelt-, Klimaschutz- und Kosteneinsparmaßnahmen werden immer wichtiger für die Betreiber von Sportstätten. Aber auch die Mitarbeiter in öffentlichen Institutionen müssen ein geschultes Auge für die Problemstellungen im Bereich Sportstättenplanung und -bau haben.

Der Landessportbund Hessen hat in der Woche vom 30.10. bis zum 4.11.2006 eine zweite Ausbildungsstaffel zum „Umwelt- und Klimaschutzberater

im Sport“ im Rahmen des Projektes „Kostenminderung und Ressourcenschutz im Sport“ in Kooperation mit dem Deutschen Olympischen Sportbund, dem Deutschen Turnerbund und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt durchgeführt. Insgesamt 13 Teilnehmer wurden im Rahmen der Ausbildung über alle relevanten Bereiche im Gebäude und der Gebäudetechnik geschult. Inhalte waren: Wassersparteknik, Trinkwasserhygiene, konventionelle und alternative Heiztechnik mit Systemvergleichen, Solaranlagen, Energieeinsparverordnung, Dämmstoffe, Asbestsanierungen und unterschiedliche Finanzierungsmodelle sowie die Einarbeitung in die Öko-Check-Beratung des Landessportbundes Hessen.

Jetzt steht nur noch der praktische Teil der Ausbildung an, dann können die Absolventen wie beim Landessportbund Hessen Öko-Checks in ihrer Stadt, dem Kreis oder dem Landessportbund durchführen.

*Informationen über:  
Landessportbund Hessen e.V., GB  
Sportinfrastruktur, Michael Willig,  
Otto-Fleck-Schneise 4,  
60528 Frankfurt,  
Telefon 069/6789416,  
Telefax 069/6789428,  
umwelt@lsbh.de\**



### Landessportbund Brandenburg

#### 2. Umweltkonferenz des Sports: Sport und Umwelt in einem Boot

(dosb umwelt) Umweltschutz im Sport ist längst nicht mehr nur Angelegenheit der Natursportarten. Das wurde auf der 2. Umweltkonferenz des Landessportbundes Brandenburg Mitte Oktober im Sport- und Bildungszentrum Lindow deutlich.

Unter dem Titel „Sport und Umwelt in einem Boot!“ zogen Umweltbeauftragte aus Sportverbänden und Sportvereinen gemeinsam mit Vertretern aus dem Sport- und Umweltministerium, aus Umweltverbänden und Schutzgebieten Bilanz, was sich seit der ersten Konferenz vor zehn Jahren bewegt hat, und berieten über Lösungswege für die künftigen Aufgaben.

Vor allem hat sich das Verhältnis von Sport und Naturschutz deutlich entspannt, die Konfrontation der ersten Jahre hat einer Partnerschaft und Zusammenarbeit Platz gemacht, die sich für beide Seiten positiv auswirkt. Am deutlichsten wird das anhand der einvernehmlichen Regelungen zum Kanusport im Naturpark Unteres Odertal, die sowohl Kanutouren ermöglichen als auch dem Natur- und besonders dem Vogelschutz Rechnung tragen.

Die Bedeutung von Netzwerken zwischen Tourismus, Sport und Naturschutz betonte auch Landtagspräsident Gun-

ter Fritsch, der zugleich Vorsitzender des Brandenburgischen Tourismusverbandes ist, in seinem Grußwort. Zunehmend verlagert sich der Schwerpunkt der Umweltarbeit im Sport auf den Bau und Betrieb von Sportstätten. Energieeffizienz, Nutzung regenerativer Energien und sparsamer Verbrauch sowie Kreislaufnutzung von Wasser sind Stichworte, die für Sportvereine immer aktueller werden. Auf der Konferenz gab es Ratschläge, Erfahrungsaustausch und Ansprechpartner zu diesem Thema. Im Jahr 2007 soll in Zusammenarbeit mit dem Jugendbildungszentrum Blossin eine Internetplattform zu Sport und Umwelt ins Netz gehen, die neben Informationen vor allem die Möglichkeit zu Diskussion und Erfahrungsaustausch bieten wird.

Zu Beginn der Umweltkonferenz zeichneten Landessportbundpräsident Hans-Dietrich Fiebig und Landtagspräsident Gunter Fritsch gemeinsam den Sieger im Umweltwettbewerb des Landessportbundes 2006 aus. Den mit 1.000 Euro dotierten Preis erhielt der Badmintonclub Fortuna Blankenfelde für sein Projekt „Natursportpark Blankenfelde“. Der Sportpark, der auf einem Konversionsgelände entstand und Sporttreiben mit Umweltbildung verbindet, wurde am Tag nach der Auszeichnung offiziell eröffnet.

Die Umweltkonferenz wurde von einer Ausstellung flankiert, in der einerseits Sportvereine und -verbände, darun-

ter die Motorsportler, ihre Umweltprojekte präsentierten, und andererseits Umweltorganisationen und gewerbliche Anbieter über Möglichkeiten zur Energieeinsparung und zum Einsatz alternativer Energien informierten.

Weitere Informationen über:  
Landessportbund Brandenburg,  
Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Martina Butzek,  
Telefon 0331/97198-0  
Telefax 0331/ 0331/9719834  
[butzek@lsb-brandenburg.de](mailto:butzek@lsb-brandenburg.de)\*

### Landessportverband Schleswig-Holstein

#### Umweltbericht 2006 des Sport- und Bildungszentrums und Bildungswerks in Malente

(dosb umwelt) Das Sport- und Bildungszentrum und das Bildungswerk in Malente beteiligen sich europaweit als erste Sportschule seit 1998 am Öko-Audit-System der EU. Es wird gemäß den Umweltleitlinien des LSV jährlich ein Umweltbericht veröffentlicht. Der Umweltbericht (aktueller Berichtszeitraum 1/2005 - 12/2005) entspricht den jährlich zu aktualisierenden Angaben einer Umwelterklärung. Als wesentliches Berichtselement enthält er in einer Tabelle zusammengefasst alle Zahlenangaben zu den umweltrelevanten Stoff- u. Energieflüssen und den wesentlichen, auch ökologischen Standortveränderungen.

Die positiven Ergebnisse der umweltgerechten Betriebsführung im SBZ Malente konnten auch für das Jahr 2005 gefestigt werden.

Durch interne Überprüfungen (sog. Interne Audits) konnte erneut festgestellt werden, dass das Managementsystem nahezu reibungslos in die Betriebsabläufe eingepasst werden konnte und durch die Mitarbeiter getragen wird, wodurch deutlich positive Auswirkungen auf die Motivation zu erkennen sind. Die Reaktionen unserer Gäste und Geschäftspartner sind weiterhin als überwiegend positiv zu bezeichnen. Der komplette Bericht enthält eine Vielzahl von Anregungen, wie interessierte Vereine und Verbände in ihren eigenen Einrichtungen zur Reduzierung von Umweltauswirkungen beitragen und damit ggf. auch die Vereinskasse entlasten können. Die ausführliche Version des Umweltberichts kann in der LSV Geschäftsstelle in Kiel abgefordert werden.

Informationen über:  
Landessportverband Schleswig-Holstein, Dr. Sven Reitmeier,  
Winterbeker Weg 49, 24114 Kiel,  
Telefon 0431/6486118,  
Telefax 0431/6486291,  
[umwelt@lsv-sh.de](mailto:umwelt@lsv-sh.de)  
[www.lsv-sh.de](http://www.lsv-sh.de)\*

### Kuratorium Sport und Natur

#### Für bundesweit einheitliche Regelungen für Natursport im Naturschutzrecht

(dosb umwelt) Der Vorstand des Kuratoriums Sport und Natur hat am 20. Oktober bei einem Gesprächstermin Umweltminister Gabriel sein Positionspapier zur Neuordnung des Naturschutzrechts nach der Föderalismusreform vorgestellt. Nach Abschaffung der Rahmengesetzgebung

muss das Bundesnaturschutzgesetz novelliert werden, eine frühzeitige Einbindung in das Verfahren wurde dem Zusammenschluss der deutschen Natursportverbände zugesagt. Ziel der künftigen Bundesgesetzgebung muss es sein, den gegenwärtigen Status des Natursports im Bundesnaturschutzgesetz zu erhalten und ihn nicht in der Abweichungsgesetzgebung zu zersplittern. Dadurch würden die Unterschiede in der Landesgesetzgebung zu- statt abnehmen. Das Kuratorium wird sich dafür einsetzen, dass die sportrelevanten Bestimmungen im Gesetz als abweichungsfeste Grundsätze ausgewiesen werden.

Das Positionspapier steht zum Download bereit unter:  
[www.kuratorium-sport-natur.de/aktuell.phtm](http://www.kuratorium-sport-natur.de/aktuell.phtm).

Informationen über:  
Kuratoriums Sport und Natur e.V.,  
Geschäftsstelle, Veronika Schulz,  
Von-Kahr-Str.2 - 4, 80997 München,  
Telefon 089/1400327,  
Telefax 089/1400311, [kuratorium@kuratorium-sport-natur.de](mailto:kuratorium@kuratorium-sport-natur.de)\*

### Jagdschutz-Verband

#### Erfolgreicher Seehund- schutz: Bislang 1.500 Jungtiere ausgewildert – Erste See- hundstation in Norden- Norddeich vor 35 Jahren gegründet

(dosb umwelt) Rund 1.500 verwaiste Jungtiere haben die beiden Seehundstationen in Norden-Norddeich und Friedrichskoog in den vergangenen 35 Jahren auf ein artgerechtes Leben in Freiheit vorbereitet. Allein in diesem Jahr werden

etwa 80 Tiere an der deutschen Nordseeküste ausgewildert. Neben der Aufzucht von Jungtieren sind Forschung und Aufklärung der Öffentlichkeit wichtige Aufgaben der beiden Seehundstationen, die zusammen jährlich über 350.000 Besucher anziehen. Für den Artenschutz sammeln Norden-Norddeich und Friedrichskoog in aufwändigen Forschungsprojekten Daten zu Lebensraum, Gefährdung und Biologie der Meeressäuger. Gegründet wurde die erste Einrichtung 1971 im niedersächsischen Norden-Norddeich, die zweite folgte 1985 in Friedrichskoog, Schleswig-Holstein.

„Der Seehund liegt uns Jägern am Herzen und wir freuen uns, dass wir so erfolgreich zum Schutz dieser sensiblen Küsten-Wildtiere beitragen“, erklärte der Präsident des Deutschen Jagdschutz-Verbandes (DJV), Jochen Borchert, heute in Bonn. Seit den 70er Jahren werden Seehunde nicht mehr bejagt, unterliegen aber weiterhin dem Bundesjagdgesetz. Somit haben die Jäger den gesetzlich festgeschriebenen Auftrag, das Tier des Jahres 2006 zu hegen und zu pflegen. Mit viel Fachkenntnis werden verletzte und verwaiste Tiere in Friedrichskoog und Norden-Norddeich gesund gepflegt und erhalten eine zweite Chance.

Zu Forschungszwecken wird die Population an der deutschen Nordseeküste alljährlich in den Sommermonaten gezählt. Jäger beteiligen sich daran ehrenamtlich. Im Som-

mer 2006 erfassten die Experten über 10.000 Tiere, davon rund 5.550 an Schleswig-Holsteins Küste und etwa 4.650 Seehunde im Niedersächsischen Wattenmeer. Damit hat sich nach der Staupeepidemie im Jahr 2002 der Bestand weiter erholt.

Informationen über:  
[www.seehundstation-friedrichskoog.de](http://www.seehundstation-friedrichskoog.de),  
[www.seehundstation-norddeich.de](http://www.seehundstation-norddeich.de)\*

### Internationales Olympisches Komitee

### Umweltschutz und Nachhaltigkeit gelten die Anstrengungen in Peking und Vancouver

(dosb umwelt) Das Organisationskomitee der Olympischen Spiele Peking 2008 (BOCOG) ist mit einem wichtigen Umwelt-Zertifikat ausgezeichnet worden. Die ISO Richtlinie 14001 der chinesischen Umwelt-Behörde bestätigt den Organisatoren umweltfreundliches Agieren in insgesamt zwölf Organisationsbereichen. Mit einem eigens eingerichteten Umweltmanagement-System wollen die Veranstalter ihre Vorstellung von „grünen Spielen“ und nachhaltige Entwicklungskonzepte umsetzen. Umfangreiche Überlegungen um Fragen der nachhaltigen Umweltentwicklung durch die Olympischen Winterspiele Vancouver 2010 stehen gegenwärtig auch auf der Tagesordnung des Organisationskomitees VANOC. Für die Verantwortlichen sind die Olympischen Winterspiele auch eine Chance, den Blick auf Umweltbelange und die vielen

sozialen und ökonomischen Fortschritte zu richten, die sich aus der Hinwendung zur Ökologie ergeben.

„Wenn sich alle Augen auf Vancouver und Whistler richten, werden auch die Umweltinitiativen in den Blick geraten, z.B. bei der Wiederverwendung von Regenwasser oder bei der Einrichtung von Grünflächen im Olympischen und Paralympischen Dorf“, heißt es in einer aktuellen Mitteilung von VANOC. Kreative Lösungen und Technologien mit minimaler Umweltbelastung seien dabei gefragt.

Der Umweltschutz gilt neben Sport und Kultur als dritte Säule der Olympischen Bewegung. Nachhaltigkeit bedeutet dabei, die Ressourcen heute so intelligent einzusetzen, dass kommende Generationen in der Lage sind, sie ebenfalls zu nutzen.\*



### Deutsche Bundesstiftung Umwelt verleiht Deutschen Umweltpreis

(dosb umwelt) Bundespräsident Horst Köhler hat in Dresden den Deutschen Umweltpreis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) 2006 überreicht. Er würdigte besondere Leistungen bei der Wasseraufbereitung sowie bei der Erforschung des Klimawandels. Der Preis wurde dem bayerischen Unternehmer Hans G. Huber und dem Ökosystemforscher Prof. Dr. Ernst-Detlef Schulze aus Thüringen verliehen. Die DBU vergibt den Preis bereits zum 14. Mal. Er ist mit 500.000 Euro der höchst dotierte Umweltpreis Europas. Bundespräsident Köhler unterstrich in seiner Festrede die Notwendigkeit, die Umwelt für die nachfolgenden Generationen zu schützen. Dazu gehöre auch der Schutz der nationalen Naturgüter. „Naturschutzgebiete und -parke, Nationalparke und Biosphärenreservate machen ein Viertel der Fläche Deutschlands aus. Es ist eine der zentralen Aufgaben einer zukunftsorientierten Politik, diese Schatzkammer, das reiche Naturerbe unseres Landes, für unsere Kinder und Enkel zu bewahren“, sagte Köhler.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel betonte, dass wirtschaftlicher Erfolg und funktionierender Umweltschutz keine Gegensätze darstellten. „Wenn Ökonomen etwas ökologischer dächten und Ökologen etwas ökonomischer“, dann sei allen geholfen, so Gabriel. Es komme zukünftig

auf den richtigen Energiemix und auf eine höhere Energieeffizienz an, um eine ökologische Katastrophe zu verhindern.

Der bayerische Unternehmer Hans Huber erhielt die Auszeichnung für sein Engagement in der Technologie zur Abwasserbehandlung. Qualitativ hochwertige Technik zur Frischwasseraufbereitung ist insbesondere für Schwellen- und Entwicklungsländer wichtig. Die Wiederaufbereitung von Wasser ist von großer Bedeutung für die Lösung der weltweiten Wasserproblematik.

Prof. Dr. Ernst Schulze ist Ökosystemforscher und Direktor des Max-Planck-Instituts für Biogeochemie in Jena. Seine Forschungsarbeiten trugen wesentlich zum Verständnis des Treibhauseffektes bei. Mit den Leistungen des Jenaer Wissenschaftlers steht Europa an der Spitze der Klimaforschung. Er widmet sich vor allem den Gründen der globalen Klimaerwärmung. Außerdem startete er das weltweit größte Projekt, um die Kohlenstoffbilanz in Europa näher zu berechnen.

Informationen über: [www.dbu.de](http://www.dbu.de)\*

### Umweltverbände präsentieren Forderungen an deutsche EU-Ratspräsidentschaft

(dosb umwelt) Vertreter von Umweltorganisationen aus über 20 Ländern haben anlässlich einer internationalen Konferenz in Berlin die Bun-

desregierung aufgefordert, sich während ihrer EU-Ratspräsidentschaft für eine ökologisch nachhaltige Politik stark zu machen. In einem Positionspapier konkretisierten die deutschen Umweltverbände ihre Forderungen für das erste Halbjahr 2007.

Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzrings: „Mit der Ratspräsidentschaft übernimmt die Bundesregierung immense Verantwortung. Es bedarf eines neuen Kulturentwurfs, der vom Geist wahrhaftiger Nachhaltigkeit geprägt ist. Von Europa hat der Ungeist der Weltausbeutung seinen Lauf genommen. Europa ist daher in der Pflicht gegenzusteuern.“

Die Forderungen beziehen sich auf die drei Themenbereiche der Konferenz: Energie/Klima, Biodiversität und Verkehrspolitik. Unter anderem fordern die Umweltverbände:

- einen klaren Beschluss für ein europäisches Reduktionsziel für Treibhausgase von mindestens 30 Prozent bis 2020 (gegenüber 1990),
- eine ökologisch nachhaltige Ausgestaltung des Aktionsplans für europäische Energiepolitik,
- die Verwirklichung des Natura-2000-Netzes sowie
- rechtlich verbindliche CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Pkw.

Regine Günther vom WWF überreichte zum Ende der Konferenz das Forderungspapier stellvertretend für die unterzeichnenden Organisationen an Astrid Klug, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium. „Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie die deutsche Ratspräsidentschaft nutzt, um Europa auf einen klima- und umweltfreundlicheren Weg zu führen“, so Günther. „Es gibt enormen Handlungsbedarf. Der Forderungskatalog der Umweltverbände ist die Messlatte des Erfolgs.“

Die Konferenz „Verantwortung für die Zukunft - den deutschen Vorsitz in EU und bei den G8 für die Umwelt nutzen“ wurde vom Deutschen Naturschutzring mit Unterstützung des Bundesumweltministers Sigmar Gabriel organisiert.

*Das Forderungspapier ist als PDF-Dokument erhältlich unter:  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)*

*Informationen über:  
Helmut Röscheisen (DNR),  
Telefon 0160/97209108,  
Regine Günther (WWF),  
Telefon 0162/2914423\**

### **BirdLife: Flughafen-Ausbau für Fußball-WM 2010 bedroht Rauchschwalben-Winterquartiere**

(dosb umwelt) In vier Jahren wird Südafrika die Weltmeisterschaft ausrichten. Für diesen ersten Fußballgipfel auf dem schwarzen Kontinent müssen nach Auffassung der Vogelschutzorganisation BirdLife noch erhebliche Anstrengungen unternommen werden. Nicht nur Stadien seien

neu- und auszubauen, auch die Verkehrs-Infrastruktur solle für das Großereignis fit gemacht werden. Konflikte mit Umweltbelangen seien da in vielen Fällen vorprogrammiert. Besonders große Sorgen aus Sicht des Naturschutzes mache dabei die geplante Erweiterung des bisherigen kleinen Inlandsflughafens La Mercy, 20 Kilometer nördlich Durban in der Provinz KwaZulu-Natal. Ganz in der Nähe nämlich, unmittelbar in der künftigen An- und Abflugbahn, liegt Mount Moreland mit seinen ausgedehnten Schilfflächen. Hier verbringen nach Angaben von BirdLife mehr als drei Millionen Rauchschwalben den europäischen Winter. Zum Vergleich: In ganz Europa brüten zwischen 16 und 32 Millionen Rauchschwalben-Paare, davon 900.000 bis 1,6 Millionen in Deutschland. Eine Zerstörung wichtiger Winterquartiere würde sich europaweit auf die Brutbestände auswirken.

Die Ankunft der Rauchschwalben in Mount Moreland Anfang November ist eines der größten Naturschauspiele Südafrikas, berichtet BirdLife. Ersatz für diese Überwinterungsquartiere ist nicht in Sicht, der Verlust von Mount Moreland wäre in ganz Europa zu spüren. BirdLife macht auch darauf aufmerksam, dass die Intensivierung der Landwirtschaft und Nahrungsmangel durch Pestizideinsatz den Rauchschwalben schon jetzt erheblich zu schaffen mache. Noch lägen die Ergebnisse der offiziellen Umweltverträglichkeitsprüfung für den Flughafen La Mercy nicht

vor. Sollten jedoch Arbeitsplatz- und Wirtschaftlichkeitsargumente höher bewertet werden, hat BirdLife South Africa schon jetzt entschieden Widerstand angekündigt.

*Informationen über:  
[www.birdlife.org](http://www.birdlife.org).\**

### **NABU: Rhein muss wieder lebendiger Fluss werden**

(dosb umwelt) 20 Jahre nach dem schweren Sandoz-Brandunfall und anlässlich der Sitzung der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) hat der Naturschutzbund NABU die Anliegerstaaten zu mutigeren Schritten bei der Revitalisierung des Rheins aufgefordert. „Nach der vorangegangenen Entgiftung des Rheins müssen nun auch die strukturellen Voraussetzungen für die Verbesserung der Flusslebensräume geschaffen werden“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Ziel sei eine naturnahe Gestaltung von Ufern und Flussabschnitten, um den größten deutschen Strom wieder zu einem lebendigen Fluss zu machen. Am 1. November 1986 waren nach einem Brand in der Firma Sandoz bei Basel Tonnen giftiger Chemikalien mit dem Löschwasser in den Rhein geschwemmt worden. Viele Fische und Kleintiere wurden ausgerottet. Heute hat sich dank der Sanierungsmaßnahmen die Wasserqualität des Rheins entscheidend verbessert.

Im Rahmen des NABU-Projektes „Lebendiger Rhein -



Fluss der tausend Inseln“ werden in 15 Modellprojekten zwischen Karlsruhe und der niederländischen Grenze mit Mauern oder Steinpackungen befestigte Ufer wieder der dynamischen Gestaltung des Flusses übergeben. Bislang wurden zum Teil in Zusammenarbeit mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung bereits über zwei Kilometer des früheren Steinkorsetts abgetragen und naturnah gestaltet.

Die NABU-Maßnahmen zeigen, dass auch an Europas meist befahrener Wasserstraße wieder mehr Raum für die Natur bereitgestellt werden kann. Wegen der verbesserten Wasserqualität können heute wieder viele Tierarten im Rhein nachgewiesen werden. Für einen Fluss voller Leben fehlen allerdings noch die natürlichen Strukturen. „Jetzt kommt es darauf an, dass die engagierten Ziele, die sich die Anliegerstaaten beim Programm 'Rhein 2020' der IKSR gesteckt haben, auch konsequent umgesetzt werden“, so Tschimpke. „Von einer naturnahen Gestaltung der Ufer- und Flussabschnitte profitieren nicht nur Tiere und Pflanzen, sondern auch die Menschen. Denn nirgends in Europa wohnen so viele Menschen an einem Fluss wie am Rhein.“

Informationen über:  
[www.NABU.de](http://www.NABU.de) und  
[www.lebendiger-rhein.de](http://www.lebendiger-rhein.de)\*



### Neues Netzwerk für Flüsse in der Stadt

(dosb umwelt) Einbetonierte, begradigte Flüsse in Städten bieten mit ihrem tristen Anblick wenig - weder für Mensch, noch für Natur. Seit Jahren bemühen sich deshalb viele Kommunen, Fließgewässer aus ihren starren Verläufen zu befreien, sie zu revitalisieren. „Ein Austausch über Schwierigkeiten und Erfolge fand bislang oft nur unkoordiniert statt“, betonte DBU-Experte Dr. Volker Wachendörfer. Ein neues Netzwerk will diese Informationslücke für alle Beteiligten schließen. Bei der Tagung „Lebendige Gewässer im städtischen Raum“ im Zentrum für Umweltkommunikation (ZUK) der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) in Kooperation mit der Stadt Osnabrück Ende Oktober bereiteten rund 100 Umwelt-Vertreter aus ganz Deutschland die Gründung eines Zusammenschlusses vor. „Synergien schaffen, Leitfäden entwickeln und Beispiele aufzeigen - so ein Netzwerk hat Potenzial“, betonte Dr. Fritz Brickwedde, DBU-Generalsekretär und stellte eine Projektförderung in Aussicht. „Wir müssen ein neues Bewusstsein für unser Naturerbe wecken“, erläuterte der Generalsekretär. Vor allem für Kinder und Jugendliche seien Flüsse in Städten kaum erlebbar, „weil überbaut, überformt und aufgestaut“. Glücklicherweise sei landauf, landab die Einsicht gewachsen, dass an diesem Zustand etwas geändert werden muss.

Das neue Netzwerk soll nach Meinung der Tagungsteilnehmer vor allem Praktikern helfen, indem es Querverbindungen zu den Fachverbänden, kommunalen Spitzenverbänden, Stiftungen und anderen Kooperationspartnern erstelle. Das Netzwerk soll gute Praxisbeispiele dokumentieren, Fehlschläge kommunizieren, also Wissen verfügbar machen. Auf ganz praktische Fragen, wie etwa Flüsse für den Menschen zugänglich gemacht werden können ohne eine Gefahr für Kinder darzustellen - darauf will das Netzwerk Antworten zusammentragen. Außerdem soll es Visionen für Gewässer in Städten formulieren und Methoden für mehr Partizipation in Planungsprozessen bereitstellen.

Informationen über:  
Deutsche Bundesstiftung Umwelt,  
Franz-Georg Elpers,  
An der Bornau 2, 49090 Osnabrück,  
Telefon 0541/9633521,  
E-mail: [presse@dbu.de](mailto:presse@dbu.de),  
[www.dbu.de](http://www.dbu.de),  
Fragen zum Projekt:  
Stadt Osnabrück, Fachbereich  
Umwelt, Christiane Balks,  
Telefon: 0541/3233162,  
E-mail: [balks@osnabrueck.de](mailto:balks@osnabrueck.de)\*

### Greenpeace: Globale Bedrohung der Ozeane durch Müll

(dosb umwelt) Die Umweltschutzorganisation Greenpeace macht auf die globale Bedrohung der Meere durch Müllverschmutzung aufmerksam. Danach ersticken jährlich 1,1 Millionen Tiere - vor allem Seevögel, Meeressäuger und Schildkröten - in Sechserpackträgern, strangulieren sich mit treibenden

Netzresten oder verhungern, weil ihre Mägen mit Plastikteilen gefüllt sind. Auf ein besonderes Phänomen will die Besatzung des Greenpeace-Schiffes „Esperanza“ aufmerksam machen, das derzeit auf seiner „SOS Weltmeer“-Tour in den Pazifik vor Hawaii fährt: Dort treibt ein Müllstrudel von der Größe Mitteleuropas im Meer, der durch zirkulierende Meeresströmungen angetrieben wird. „Die globale Bedrohung der Meeresumwelt durch Müll an der Meeresoberfläche, an den Küsten und in den Sedimenten, der für den Tod von mehr als einer Million Tiere verantwortlich ist, muss beendet werden“, so Stefanie Werner, Meeresbiologin bei Greenpeace. „Deutschland hat während seiner EU-Ratspräsidentschaft 2007 die historische Chance, sich auf EU-Ebene deutlich für den Meeresschutz einzusetzen. Wir fordern Frau Merkel deshalb auf, diese Chance zu nutzen und klare Prioritäten für den Erhalt der Ozeane zu setzen.“

Informationen über:  
[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)\*

### **DBU-Hilfe für „Juwelen der Donau“**

(dosb umwelt) Wer von den Auwäldern der Donau erzählt, kann ins Schwärmen geraten: Sie seien der Dschungel Europas, mit ihrer Artenvielfalt die heimischen „Regenwälder“ oder auch eine „Arche Noah“ für Hunderte von bedrohten Tier- und Pflanzenarten. Die Auwälder können auch den Menschen schützen: Bei Hochwasser saugen sie sich

voll wie Schwämme. Doch die „Juwelen der Donau“ sind bedroht. „Es gibt nur noch wenige große zusammenhängende Auwälder entlang des Flusses. Und Schutzgebiete, die eingerichtet wurden, werden zum Teil nicht ausreichend vor Abholzung und Jagd geschützt“, betonte Hubert Weinzierl, Kuratoriumsvorsitzender der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU). Deshalb fördert die Stiftung nun zwei weitere Projekte in Ungarn und Ostbayern zum Erhalt der Donau-Auwälder. Weinzierl überreichte in Wiesenfelden das Bewilligungsschreiben an das WWF-Aueninstitut der Universität Karlsruhe und den Bayerischen Landesbund für Vogelschutz mit rund 530.000 Euro.

An der mittleren und unteren Donau seien in den vergangenen vier Jahrzehnten großflächig Auenlebensräume verloren gegangen, weil die Flächen für Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft nutzbar gemacht wurden, erläuterte Weinzierl. „Die DBU will sich deshalb verstärkt auch der internationalen Dimension des Naturraums Donau annehmen“, so der Kuratoriumsvorsitzende. Um die Auwälder zukünftig besser zu schützen, müssten vor allem Managementpläne für die Region entwickelt werden. Dabei wollen die Projektpartner auch die Bewusstseinsbildung der Menschen vor Ort fördern.

Neben dem Schutz bestehender Flächen ist auch ihre Vernetzung wichtig: Für einen „grünen Korridor“, also für einen Biotopverbund an der Un-

teren Donau, setzt sich der WWF in Zusammenarbeit mit der DBU seit 2005 in einem laufenden Projekt ein. Fünf Jahre zuvor hatten Rumänien, Bulgarien, Moldawien und die Ukraine eine Vereinbarung zum Schutz der Feuchtgebiete an der Unteren Donau und im Delta unterzeichnet, die unter anderem den Schutz zusammenhängenden Lebensraums für Tiere sichern sollte. „Dieser Korridor ist das bisher größte grenzübergreifende Renaturierungsvorhaben in Europa“, meinte Weinzierl. Die DBU unterstützt auch dieses Projekt mit über 450.000 Euro. „Die Auwälder sind ein Symbol dafür, dass die Donau ein völkerverbindendes Flusslebewesen ist“, betonte Weinzierl.

Informationen über:

Deutsche Bundesstiftung Umwelt,  
An der Bornau 2, 49090 Osnabrück,  
Telefon 0541/9633521,  
Telefax: 0541/9633198,  
E-mail: [presse@dbu.de](mailto:presse@dbu.de),  
[www.dbu.de](http://www.dbu.de)\*

### **Prognostizierte Zunahme von großen Hochwasserereignissen in Süddeutschland**

(dosb umwelt) In Baden-Württemberg und Bayern werden die Auswirkungen der Klimaänderung auf den Wasserhaushalt gemeinsam angegangen. Dies berichtet alpmidia 22/06. Seit 1999 besteht das Projekt „Klimaänderung und Konsequenzen für die Wasserwirtschaft (KLIWA)“, in dem die beiden süddeutschen Länder zusammen mit dem Deutschen Wetterdienst die Auswirkungen des Klimawandels auf

den Wasserhaushalt untersuchen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Anzahl großer Hochwasserereignisse bis 2050 um bis zu 25 % ansteigen und die Zahl der Tage mit heftigen Niederschlägen sich in höheren Lagen zwischen Dezember und Februar verdoppeln wird. Einzig auf die Grundwasserneubildung wird der prognostizierte Klimawandel einen positiven Effekt ausüben. An einem Symposium in Stuttgart Ende Oktober diskutierten ExpertInnen über die notwendigen Anpassungsstrategien in der Wasserwirtschaft. Das Projekt KLIWA soll fortgeführt werden.

Informationen über:  
<http://www.kliwa.de>.\*

### **NABU und LBV küren Turmfalken zum Vogel des Jahres 2007**

(dosb umwelt) Der Naturschutzbund NABU und der Landesbund für Vogelschutz (LBV), NABU-Partner in Bayern, haben heute in Berlin den Turmfalken zum „Vogel des Jahres 2007“ gekürt. Der Turmfalke (*Falco tinnunculus*) ist mit seinen rund 35 Zentimetern Körpergröße und 75 Zentimetern Flügelspannweite ein kleiner Verwandter des ersten Jahresvogels überhaupt, dem 1971 gewählten Wanderfalken. Im Gegensatz zum damals vom Aussterben bedrohten Wanderfalken ist der Turmfalke kein ganz seltener Vogel. Dennoch gehen die Bestandszahlen langsam, aber stetig zurück.

Auch wenn er nicht auf der Roten Liste gefährdeter Arten steht und die Bestände in manchen Regionen stabil geblieben sind, hat die Zahl der Turmfalken in einigen Teilen Deutschlands in den vergangenen 30 Jahren deutlich abgenommen. „In Baden-Württemberg ist die Zahl der Brutpaare um mehr als die Hälfte zurückgegangen und in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen haben sich die Bestände um mehr als 20 Prozent reduziert“, sagte NABU-Vizepräsident Helmut Opitz. Freie Flächen an den Stadt- und Dorfrändern würden durch Straßen und Neubauten versiegelt, Nistmöglichkeiten an geeigneten Gebäuden bei Sanierungen häufig verschlossen und Kirchtürme oftmals von außen unzugänglich gemacht. Dem Turmfalken fehle es zunehmend an Nistplätzen und Nahrungsangebot. Denn auch die offenen Landschaften - sein bevorzugtes Jagdrevier - würden immer eintöniger. Es fehlen zunehmend Hecken, einzelne Bäume und Pfähle, die der Vogel als Ansitz für die Jagd nutzt. In Deutschland leben knapp 50.000 Turmfalken-Paare. Europaweit gibt es etwa 350.000 Brutpaare. Der Turmfalke ist damit die häufigste Falkenart in Europa.

*Die Farbbroschüre zum Jahresvogel 2007 kann gegen fünf Briefmarken zu je 55 Cent beim NABU Natur-Shop, Am Eisenwerk 13, 30519 Hannover bezogen werden. ([www.nabu-natur-shop.de](http://www.nabu-natur-shop.de))*

*Erstmals gibt es den Jahresvogel 2007 auch als Handyklingelton. Für eine Spende zugunsten des NABU kann die Vogelstimme unter [www.nature-rings.de](http://www.nature-rings.de) mit einem real-*

*tone-fähigen Handy heruntergeladen werden.*

*Turmfalke im Internet unter: [www.NABU.de](http://www.NABU.de), [www.LBV.de](http://www.LBV.de) oder [www.Vogel-des-Jahres.de](http://www.Vogel-des-Jahres.de)\**

### **Schweiz: Heliskiing im Visier**

(dosb umwelt) Wie alpmedia in seiner Ausgabe 22/06 berichtet, sorgt ein Entwurf des Schweizer Bundesamtes für Zivilluftfahrt BAZL zur Überprüfung der Gebirgslandeplätze für Aufregung. 2002 hatte das BAZL vom Bundesrat den Auftrag erhalten, das Netz der 42 Schweizer Gebirgslandeplätze zu überprüfen und bei Umweltkonflikten Maßnahmen zu ergreifen. Zu den offenen Punkten gehört auch die Frage, ob und in welchem Ausmaß das Heliskiing erlaubt bleiben soll. Umweltverbände wie Mountain Wilderness sehen in dem Entwurf des BAZL einen Blankoscheck für die touristische Fliegerei. Sie beklagen, dass sich das BAZL aus der Verantwortung winde, indem es den Entscheid über Gebirgslandeplätze in kantonale und regionale Hand lege. Heftig kritisiert wird auch die Möglichkeit, konfliktreiche Landeplätze zu verschieben oder durch andere zu ersetzen. Die Umweltverbände fordern die Aufhebung der 22 Gebirgslandeplätze, die in Schutzgebieten liegen, und die Abschaffung des Heliskiings in der Schweiz.\*

### **Förderung: Naturpark Zillertaler Alpen**

(dosb umwelt) Die Tiroler Landesregierung hat beschlossen, den Hochgebirgs-

Naturpark in den Zillertaler Alpen um die Gemeinde Tux zu erweitern und mit 33.000 Euro zu fördern. Dies berichtet alpmedia in seiner Ausgabe 22/06. Mit dem Geld soll unter anderem das im Park gelegene „Bergsteigerdorf Ginzling“ in seiner Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden. Vorgesehen sind eine eigene Homepage und der Ausbau der kommunalen Bergsteiger-Bibliothek. Mit der Förderung wird darüber hinaus auch der Naturpark einen komplett überarbeiteten Internetauftritt erhalten. Weitere Projekte, die teilweise auch durch den Österreichischen und Deutschen Alpenverein, die Abfallwirtschaft Tirol-Mitte, die Umwelt-Zone-Zillertal, die Landwirtschaftskammer und die Agrarmarketing gefördert werden, sind Info-Einrichtungen mit naturkundlichen Schwerpunkten für acht Alpenvereins-Schutzhütten im Naturpark, die Veröffentlichung eines Folders zum Thema „Öffentlicher Verkehr in der Naturparkregion“ sowie die Direktvermarktungsinitiative zum Motto „Genusslandschaft Zillertal“.

Quelle und Informationen über:  
[www.alpen-journal.de](http://www.alpen-journal.de),  
[www.naturpark-zillertal.at](http://www.naturpark-zillertal.at) (de)\*

### **Bundespräsident Köhler und die DBU laden zur „Woche der Umwelt“ nach Berlin ein**

(dosb umwelt) Bundespräsident Horst Köhler führt die Tradition seines Amtsvorgängers fort: Am 5. und 6. Juni 2007 findet im Park von Schloss Bellevue zum dritten Mal die „Woche der Umwelt“

in Kooperation mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) statt. Rund 150 kleine und mittlere Unternehmen, Forschungsinstitute, Organisationen, aber auch Studenten werden unter Beweis stellen, dass sich Ökonomie und Ökologie ergänzen. Eine erstmals berufene unabhängige und hochkarätig besetzte Jury wählt die Bewerber aus Umwelttechnik, -forschung und -bildung aus. „Ein Wettbewerb um die innovativsten Unternehmen wird einmal mehr verdeutlichen, dass es sich beim Umweltschutz um einen leistungsstarken Zukunftsmarkt handelt“, betont DBU-Generalsekretär Dr. Fritz Brickwedde.

„Bundespräsident Horst Köhler möchte mit der Woche der Umwelt an ganz praktischen Beispielen zeigen, wie groß auch die wirtschaftliche Bedeutung innovativer Umwelttechnik ist“, sagt sein Pressesprecher Martin Kothé. Die meisten Erfindungen in der Umweltschutztechnik kämen aus Deutschland. Erstmals seit zehn Jahren sei Deutschland auch wieder Weltmeister beim Export von Umweltschutzgütern. Fast 1,5 Millionen Erwerbstätige seien im Umweltschutz beschäftigt, eine halbe Million mehr als 1994. Im Umweltschutz arbeiteten heute mehr Menschen als in der Automobilindustrie. Vorrang für Arbeit lasse sich also mit Umweltschutz hervorragend verbinden.

Erwartet werden im Park von Schloss Bellevue wieder rund 10.000 Besucher aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft

und Gesellschaft. Zusätzlich zur Präsentation im Schlosspark werden alle Projekte im Internet vorgestellt.

Neben den Ausstellern, die in Messezelten auf 3.000 Quadratmetern ihre Innovationen präsentieren können, werden hochkarätig besetzte Diskussionsforen auf einer Hauptbühne und interessante Impulsreferate neue Entwicklungen aufzeigen. Die Abläufe im Einzelnen werden im Veranstaltungsprogramm abrufbar sein unter:

[www.wochederumwelt.de](http://www.wochederumwelt.de)

Informationen über:  
Deutsche Bundesstiftung Umwelt,  
Franz-Georg Elpers,  
An der Bornau 2, 49090 Osnabrück,  
Telefon 0541/9633521,  
Telefax 0541/9633198,  
[presse@dbu.de](mailto:presse@dbu.de), [www.dbu.de](http://www.dbu.de)\*

### **Technologie- und Informationsforum zum nachhaltigen Sportstättenbau**

(dosb umwelt) Sportstätten-sanierung ist in über 40% der Sportanlagen das Gebot der Stunde. Durch den stetig steigenden Kostendruck aufgrund der rasant ansteigenden Grundkosten wurde der bestehende Druck auf die Betreiber von Sportanlagen (Vereine, Kommunen, Kreise und Private) auch im Jahr 2006 nochmals deutlich erhöht. Immerhin haben sich in den vergangenen 3 Jahren die Preise beispielsweise für Heizöl verdoppelt. Doch was tun – wie sanieren? Welche Technik kann genutzt werden? Wie können die Folgekosten durch eine Sanierung grundlegend gesenkt werden?

Können in der eigenen Anlage überhaupt alternative Techniken wie z.B. eine Holzpelletheizung eingesetzt werden oder welche Eigenschaft sollte die Fensterfläche der Südfassade haben, um im Sommer die Halle nicht ungewollt zur Sauna werden zu lassen oder welche Vor- und Nachteile hat für mich die Nutzung eines Kunstrasenplatzes der dritten Generation?

Diese und viele weitere Fragen, die im Rahmen der rund 1.100 Sportstättenberatungen des Landessportbundes Hessen e.V. von den Sportstättenbetreibern gestellt wurden, sollen in einem Wirtschaftsforum in Kooperation mit dem Deutschen Olympischen Sportbund und dem Deutschen Turner-Bund im Rahmen des DBU Projektes: „Kostenminderung und Ressourcenschutz im Sport“ diskutiert werden, um den Sportstättenbetreibern Lösungswege aufzuzeigen. In Form von Kurzvorträgen werden von Unternehmern, Planern, Wissenschaftlern und Beratern innovative Lösungen zum nachhaltigen Sportstättenbau vorgestellt. Zusätzlich wird im Rahmen der Veranstaltung das neue Internet Beratungs- und Informationssystem vorgestellt sowie die Ergebnisse des DBU-Projektes: „Kostenminderung und Ressourcenschutz im Sport“. Der Teilnehmerbeitrag (inklusive Tagungsverpflegung) beträgt 80 Euro.

*Information und Anmeldung:  
Landessportbund Hessen e.V.,  
Geschäftsbereich Sportinfrastruktur,  
Michael Willig, Otto-Fleck-Schneise  
4, 60528 Frankfurt,*

*Telefon 069/6789416,  
Telefax 069/6789428,  
E-mail:mwillig@lsbh.de\**

### **WWF präsentiert „Living Planet Report 2006“**

(dosb umwelt) Die natürlichen Lebensräume der Erde werden mit einer beispiellosen Geschwindigkeit zerstört. Wenn der Verbrauch an natürlichen Ressourcen so weitergeht wie bisher, werden wir bis zum Jahr 2050 zwei Planeten benötigen, um unsere Bedürfnisse nach Nahrung, Energie und Infrastruktur zu decken - vorausgesetzt es gibt überhaupt noch irgendwelche Ressourcen zu verteilen. Zu diesem Ergebnis kommt der neue Bericht zur Lage der Erde „Living Planet Report 2006“, den der WWF vorgestellt hat.

Der WWF Bericht zeigt, dass die Populationen wildlebender Tierarten in den letzten 33 Jahren (von 1979 - 2003) um ein Drittel zurückgegangen sind. Gleichzeitig hat sich der ökologische Fußabdruck der Menschen vervielfacht, mit der Folge, dass der menschliche Konsum die natürliche Kapazität der Erde um 25 Prozent übersteigt. Bei einer Gesamtbevölkerung von 6,4 Milliarden Menschen stehen durchschnittlich jedem Erdenbewohner 1,8 Hektar produktive Fläche zur nachhaltigen Deckung seiner Bedürfnisse zur Verfügung. Tatsächlich beträgt der derzeitige Bedarf 2,23 Hektar pro Person. Deutschland steht im weltweiten Ländervergleich auf Platz 23 mit 4,5 Hektar pro Person.

„Wir verhalten uns so, als ob wir zwei Planeten zur Verfügung hätten und zerstören damit langfristig unsere Lebensgrundlage!“ warnt der Experte Christoph Heinrich vom WWF. „Wir leben eindeutig über unsere Verhältnisse und es ist höchste Zeit, sich von der bisherigen Konsum- und Wegwerfgesellschaft zu einer nachhaltigen Lebensweise zu entwickeln.“

Die WWF Studie präsentiert den „Living Planet Index“, der den Zustand von 3.600 Populationen von 1.300 Tierarten weltweit untersucht. Insgesamt wurden Daten über 695 an Land lebende Arten und 344 Süßwasserarten sowie 274 Meeresarten analysiert. Die an Land lebenden Arten verzeichnen einen Rückgang um 31 Prozent, Süßwasserarten um 28 Prozent und Meeresarten um 27 Prozent.

Darüber hinaus analysiert die Studie den ökologischen Fußabdruck, also die biologisch produktive Fläche, die benötigt wird, um alle Ressourcenbedürfnisse inklusive der Energieversorgung nachhaltig zu gewährleisten. In der Zeit von 1961-2003 hat sich der ökologische Fußabdruck der Menschheit mehr als verdreifacht. Dabei ist der Ausstoß von Kohlendioxid durch die Verwendung von fossilen Brennstoffen der am schnellsten wachsende Faktor des ökologischen Fußabdrucks, der sich zwischen 1961-2003 neunfach erhöht hat. Die Länder mit dem größten Fußabdruck gemessen an Hektar pro Person sind:

Die Vereinigten Arabischen Emirate (11,9 ha), die USA (9,6 ha), Finnland, Kanada, Kuwait, Australien, Estland, Schweden, Neuseeland und Norwegen. China steht an 69. Stelle aber durch seine schnell wachsende Wirtschaft hat China eine Schlüsselrolle auf dem Weg zu einer nachhaltigen Ressourcennutzung.

*Informationen über:  
WWF Deutschland,  
Christoph Heinrich,  
Abteilungsleiter Naturschutz,  
Telefon 069/79144123,  
Gabriele Kranz, Pressereferentin,  
Telefon 040/530200115\**

### **Greenpeace-Report: Gletscher schmelzen immer schneller**

(dosb umwelt) Nach einem neuen Report von Greenpeace schmelzen die Gletscher immer schneller. Die Auswertung von Forschungsdaten belege, dass die globale Erwärmung in immer kürzerer Zeit zu immer dramatischeren Folgen führt. Zudem zeigen die Umweltschützer anhand von neuen Fotovergleichen den zunehmenden Schwund der Alpengletscher. „Die neuen Erkenntnisse sind alarmierend. Uns schmelzen die Gletscher vor den Augen weg, doch die Politiker halten Sonntagsreden“, sagt Greenpeace-Klimaexperte Karsten Smid. Die im Report enthaltenen Vergleiche der Gletschermassen zeigen, dass die Abschmelzrate in den letzten Jahren dramatisch zugenommen hat. Zwar gibt es innerhalb der Gletscherregionen Unterschiede, doch durchschnittlich ist von 1991 bis 2004 doppelt soviel Glet-

schermasse abgeschmolzen wie im Zeitraum 1961 bis 1990. Insbesondere in den Jahren 2001 bis 2004 ist die Abschmelzrate der Gletscher noch einmal kräftig angestiegen. Grönland verliert inzwischen mit 240 Kubikkilometer pro Jahr dreimal soviel Eis, wie in den Jahren vor 2003.

Auch die Fotovergleiche der Alpengletscher von der „Gesellschaft für ökologische Forschung“ belegen, dass die Abschmelzgeschwindigkeit weiter zunimmt. So schrumpfte zum Beispiel der Triftgletscher im Berner Oberland (Schweiz) im Jahr 2005 um 216 Meter. Für die Alpenregion bedeutet ein Rückgang der Gletscher, dass es in den nächsten Jahren vermehrt zu Murenabgängen und Erdbeben kommen wird, weil sich die Permafrostgrenze immer weiter nach oben verschiebt. Auch Überschwemmungen werden zunehmen. Wissenschaftler prognostizieren, dass kleinere Alpengletscher bis 2050 von der Bildfläche verschwinden. Gerechnet wird mit einem fast vollständigen Abschmelzen aller Alpengletscher noch in diesem Jahrhundert. Dann drohen Trinkwasserknappheit und Verkarstung. Weltweit fürchten Wissenschaftler vor allem das Abschmelzen der Polkappen. Überschwemmungen infolge steigender Meeresspiegel könnten bis zu 100 Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen machen.

*Informationen und download unter  
[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)\**

### **Neuerscheinung zu Bio- diversität und Partizipation**

(dosb umwelt) Das Umweltbundesamt hat einen so genannten Begleitfaden zum Mitgestalten von Lebensräumen neu veröffentlicht. Dieser soll als grundlegendes Werkzeug all jener dienen, die sich im Rahmen partizipativer Prozesse mit Fragen und Projekten auseinandersetzen, bei denen die Erhaltung oder die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt eine Rolle spielt. Dies betrifft beispielsweise Naturschutzprojekte, ökologische Planungen, die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung oder Raumplanungs- und Infrastrukturprojekte.

*Bezug: Pfefferkorn, W. et al (2006):  
Vielfalt statt Zwiespalt. Begleitfaden  
zum Mitgestalten von Lebensräumen -  
ein Beitrag zur Umsetzung  
der Biodiversitätskonvention.  
ISBN 3-8325-1100-8. 110 Seiten\**

### **Wälder der Alpen reagieren sensibel auf den Klimawandel**

(dosb umwelt) Der Klimawandel hat schon heute deutliche Auswirkungen auf den Wald in den Alpen. Veränderungen der Baumartenzusammensetzung oder Anhebung der natürlichen Waldgrenze sind Beispiele für Erscheinungen, die WissenschaftlerInnen auf dem "Forum für Wissen 2006" der eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) mit der Klimaerwärmung in Verbindung brachten, berichtet alpmedia in seiner Ausgabe 23/06. Die Klimaänderung wird sich künftig in Form von mehr Trocken-

perioden als auch mehr Starkniederschlägen bemerkbar machen. Im Wallis hat durch die Verdoppelung heißer Tage seit 1980 die Flaumeiche die Kiefer bei der Naturverjüngung überholt. In der Südschweiz kamen in den letzten 20 Jahren 15 immergrüne Arten zur heimischen Flora hinzu. Für die Zukunft werden noch umfangreichere Veränderungen der gesamten Pflanzen- und Tierwelt erwartet, bis hin zur Ansiedlung von Palmen im Schweizer Mittelland. Im Sinne einer intelligenten und nachhaltigen Waldbewirtschaftung raten die ForscherInnen von der WSL, heute schon vermehrt Mischwälder zu schaffen, die auch Trockenheitstolerante Arten beinhalten.

*Download des Tagungsbandes:  
www.wsl.ch/lm/publications/e-publ/forum/2006/welcome-de.  
Bibliografie: Wohlgemuth, T. (Red.)  
2006: Wald und Klimawandel.  
Forum für Wissen 2006.  
ISSN 1021-2256. 71 Seiten.*

### **DBU stellt 100.000 Euro für Naturschutz-Initiativen bereit**

(dosb umwelt) Sie wurden von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und dem ZDF für ihr Engagement im Naturschutz ausgezeichnet und werden damit jetzt zum Vorbild für andere Projekte: Die fünf diesjährigen Preisträger des Wettbewerbs „muna - Mensch und Natur“ sollen ehrenamtliche Initiativen zu eigenen Aktionen anregen. Und das Nacheifern lohnt sich: Die Stiftung stellt im Rahmen der Multiplikationsförderung insgesamt wieder

100.000 Euro für Vereine und Personen zur Verfügung, die in die Fußstapfen der Preisträger treten. Rund 50 Projekte sollen aus diesem Extra-Fördertopf unterstützt werden. „Auf diese Weise soll vor allem kleinen Initiativen unter die Arme gegriffen werden“, betont DBU-Generalsekretär Dr. Fritz Brickwedde. Die Nachahmer können sich noch bis zum 31. Januar mit ihrem Projekt bei der DBU bewerben.

„Jedes Jahr geben die Gewinnerprojekte den inhaltlichen Rahmen der Multiplikationsförderung vor. Denn das Ziel ist es, die Konzepte der muna-Preisträger in die Breite zu tragen“, sagt Brickwedde. Nach dieser Maxime seien in den vergangenen Jahren bundesweit bereits über 250 Projekte von der DBU gefördert worden.

Bei den Gewinnerthemen geht es etwa um den Schutz einheimischer Tier- und Pflanzenarten in Städten, wobei die DBU besonderen Wert auf die Informationsvermittlung legt. Ein Vorbild hierfür ist Axel Kramer, der mit seinem Team im schleswig-holsteinischen Ostseebad Dahme Fledermausschutz zur Touristenattraktion gemacht hat. Die fledermausfreundliche Gestaltung von Privathäusern wäre zum Beispiel förderfähig. Besonders im Blick der Förderung sind außerdem Ehrenamtliche, die sich wie muna-Gewinner Stefan Brücher aus Nordrhein-Westfalen für den Schutz von Eulenarten und deren Lebensräumen einsetzen.

Auch der Erhalt ökologisch wertvoller Heidelandschaften bildet einen Schwerpunkt der Multiplikationsförderung. Dafür steht das nordrhein-westfälische Bündnis für die Wahner Heide Pate, das ein ehemaliges Militärgelände in der Nähe von Köln mit viel Ehrgeiz zu einem Naturschutzgebiet gemacht hat. Daneben werden Initiativen belohnt, die dem Vorbild des Naturschutzentrums „Oberlausitzer Bergland“ (Sachsen) folgen, Naturschutz mit Umweltbildung verknüpfen und dabei vor allem Kinder und Jugendliche im Blick haben. Auch ehrenamtliche Projekte für den Erhalt der biologischen Vielfalt auf Äckern sowie Ressourcen- und Bodenschutz in der Landwirtschaft am Beispiel des Preisträgerprojekts der zwölfjährigen Ricarda Neubauer können bei der aktuellen Förderrunde Unterstützung finden, weiß Dr. Uwe Fuellhaas, Projektleiter des muna-Wettbewerbs.

*Informationen und Bewerbungsunterlagen unter:  
www.dbu.de/muna.*

*Formulare auch per Post:  
Deutsche Bundesstiftung Umwelt,  
Zentrum für Umweltkommunikation,  
An der Bornau 2, 49090 Osnabrück.*

*Fragen zum Projekt:  
Dr. Uwe Fuellhaas,  
Telefon 0541/9633930,  
Fax 0541/9633990,  
E-mail: u.fuellhaas@dbu.de,  
[www.dbu.de/zuk](http://www.dbu.de/zuk)\**



### Wettbewerb: Energiesparmeister

Zum dritten Mal suchen "ZDF.umwelt" und die vom Bundesumweltministerium geförderte Klimaschutzkampagne zehn Energiesparmeister, die nachweislich Energie und Kohlendioxid in den Bereichen Gebäude, Strom, Verkehr und Alltag einsparen. Ob durch den Einbau einer neuen Heizung, das Tanken von Biodiesel, die Installation einer Solaranlage oder die Optimierung der Hausdämmung – Klimaschutz wird sich für zehn Familien in klingender Münze auszahlen. Insgesamt sind Preisgelder in Höhe von 25.000 Euro ausgeschrieben.

Der Startschuss zu dem diesjährigen Wettbewerb fällt in der "ZDF.umwelt" - Sendung am Sonntag, 3. Dezember 2006, 13.15 Uhr. Das Magazin, moderiert von Claudia Krüger, präsentiert ein Beispiel, wie man mit dem Holzpellet-Ofen ein ganzes Haus energiebewusst heizen kann. In den weiteren Beiträgen der Sendung geht es unter anderem um Ganztagschulen, in denen Kinder mit Biokost bekocht werden, und um satellitengestützte Geodaten, die etwa für Stadtplaner und Energieunternehmen von großer Bedeutung sind.

Im vergangenen Jahr hatten sich 350 TeilnehmerInnen beim Energiesparmeister-Wettbewerb beworben. Die Gewinner und ihre Projekte wurden im Rahmen der Sendung "ZDF.umwelt" vorgestellt.

Bewerbungsschluss ist der 4. April 2007.

*Teilnahmebedingungen für den Wettbewerb 2007 erhältlich bei: ZDF.umwelt, Stichwort "Energiesparmeister", 55100 Mainz. Im Internet unter: [www.klimasuchtschutz.de/energiesparmeister.html](http://www.klimasuchtschutz.de/energiesparmeister.html)*

### Internationaler Architekturpreis des IOC und der IAKS für "Beispielhafte Sport- und Freizeitanlagen" 2007

(dosb umwelt) Der IOC/IAKS AWARD ist der einzige internationale Architekturpreis für bereits im Betrieb bewährte Sport- und Freizeitbauten. Seit 1987 prämiert der IOC/IAKS AWARD alle zwei Jahre beispielhaft gut gestaltete und gleichzeitig funktional gelungene Sportanlagen. Bei den ausgezeichneten Anlagen kann es sich sowohl um Neubauten als auch um die Erweiterung oder Modernisierung vorhandener Anlagen handeln. Auslober des Wettbewerbs sind das Internationale Olympische Komitee (IOC), Lausanne, und die Internationale Vereinigung Sport- und Freizeiteinrichtungen (IAKS), Köln.

Gemeinsam mit dem Internationalen Paralympischen Komitee (IPC), Bonn, vergibt die IAKS außerdem den IPC/IAKS SONDERPREIS für behindertengerechte Sportanlagen. Der IPC/IAKS SONDERPREIS will die Zugänglichkeit von Sportanlagen und allen anderen Bauten fördern, um auch Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, Sport uneingeschränkt und barrierefrei

auszuüben oder dabei zuzuschauen.

Teilnahmeberechtigt sind Bauherren/Betreiber ("Träger") und Architekten/Ingenieure ("Planer"). Die Bewerbung muss von Trägern und Planern gemeinsam eingereicht werden. Die Sportanlagen (Neubauten, Erweiterungen oder Modernisierungen) müssen sich mindestens ein Jahr lang im Betrieb bewährt haben.

Die Auszeichnung wird in den folgenden Kategorien vergeben: Sportplätze/Stadien, Sporthallen/Mehrzweckarenen, Bäder und Wellness-einrichtungen, Wintersportanlagen, Spezielle Sportanlagen und Sportzentren. Die von der Jury ausgewählten Bauten werden mit dem IOC/IAKS AWARD für beispielhafte Sport- und Freizeitbauten bedacht. Die Auszeichnung wird in Gold, Silber und Bronze verliehen. Die Gewinner des IPC/IAKS SONDERPREISES erhalten eine zusätzliche Auszeichnung mit Zertifikat. Die Ergebnisse des IOC/IAKS AWARD werden anlässlich des Internationalen IAKS-Kongresses 2007 in Verbindung mit der gleichnamigen Internationalen Fachmesse (FSB) in Köln vorgestellt.

*Informationen und Teilnahmeunterlagen in englischer, deutscher, spanischer und französischer Sprache sind erhältlich unter: [www.iaks.info](http://www.iaks.info).*

*Internationale Vereinigung Sport- und Freizeiteinrichtungen e.V., Carl-Diem-Weg 3,D – 50933 Köln, Telefon: +49-221-491 29 91, Telefax: +49-221-497 12 80, E-mail: [iaks@iaks.info](mailto:iaks@iaks.info)\**